Nr. 52. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 22. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Fliegerangriffe.

Sozialismus oder neustaatlicher Feudalismus?

Vor einiger Zeit hat die Abschiedsvorlesung Adolf Wagners, die in ein Loblied für den Staatssozialismus ausklang, einer Anzahl bürgerlicher Organe Veranlassung gegeben, sich mit der Frage des größeren oder kleineren Maßes wünschenswerter staatssozialistischer Elemente in der Volks-
wünschenswerter staatssozialistischer Elemente in der Volks
wirtschaft zu befassen. Wir haben hierbei die tiefgründige Weisheit erfahren, daß Friedrich Wilhem I. und Friedrich II. „königliche Staatssozialisten" gewesen seien, und daß das von Bismarck eingeführte Zollschutzsystem „echter und an sich gesunder Staatssozialismus" war. Bei dem Unfug, der seit Kriegsbeginn (auch in einem Teil der Parteipresse) mit den Begriffen „Kriegssozialismus" und „Staatssozialismus" getrieben wird, hat es uns nicht gewundert, in einem sonst zum Freihandel schwörenden bürgerlichen Blatte eine Verherrlichung des Protektionssystems als „echten" und „gesunden" Staatssozialismus zu finden. Im Gegenteil, je mehr die auf diese Weise betriebene „kriegssozialistische" Propaganda ad absurdum geführt wird, desto eher ist zu erwarten, daß die Oeffentlichkeit sich von Schlagwörtern befreit, die, ein Produkt der Herabsetzung des Einzeldaseins wie des Wirkens innerer sozialer Kräfte und der übermäßig gesteigerten Einschätzung des Götzen Staat, die nüchterne Betrachtung der durch den Krieg heraufbeschworenen neuen wirtschaftlichen und sozialen Probleme nur zu hindern vermögen.

Als Versuch einer solchen Betrachtung — die sich freilich nur auf die allgemeinen Gesichtspunkte beschränkt — möchten wir hier unseren Lesern die wesentlichsten Stellen aus einem in einem Schweizer Blatte veröffentlichten Aufsatze des bekannten russischen Genossen L. Martow zur Kenntnis bringen. Der Verfasser untersucht zunächst die Frage, wer durch den Krieg bankerott geworden sei: der Sozialismus oder der Kapitalismus:

„Der Kapitalismus hat es im Laufe der Jahrzehnte verstanden, eine gewaltige Weltwirtschaft zu organisieren, die gesellschaftlichen Produktivkräfte in unerhörtem Maße zu entfalten, die Arbeit von Hunderten von Millionen zu vereinigen und zu koordinieren und grandiose Reichtümer aufzuhäufen. Zu gleicher Zeit schuf und entwickelte er jenen mächtigen, elastischen Apparat, der in Gestalt der Staatskontrolle, der Börsen, Banken, Kartelle usw. die spontan entfaltete Lebenstätigkeit der von der freien Konkurrenz getriebenen Volkswirtschaft post fostum regelte, die Schroffheiten der sie zerfressenden Widersprüche milderte und die Möglichkeit ihrer Fortentwickelung sicherte.

Die tiefen ökonomischen Krisen, die Europa in den ersten drei Vierteln des 19. Jahrhunderts erschütterten, das normale Wirtschaftsleben auf Jahre hemmten, krampfhafte Zuckungen im gesamten Gesellschaftskörper hervorriefen und auf Perioden wahnsinniger Spekulation und äußerster Anspannung der wirtschaftlichen Tätigkeit folgten, wurden abgelöst durch mildere Formen der Flut und Ebbe der industriellen Energie. Der Klassenkampf selbst gewann, sich weiter entwickelnd und ausbreitend, ein gemäßigteres Tempo und nahm ruhigere Formen an. Zugleich zeigte der fortdauernde und nur noch heftiger werdende Konkurrenzkampf der einzelnen kapitalistischen Staaten die Tendenz, der blutigen Entscheidung aus dem Wege zu gehen und jene Grenze nie zu überschreiten, hinter der für die moderne Gesellschaft der Sprung ins Dunkle begann.

Jetzt ist dieser Sprung gemacht, dieser Schritt vollbracht. Es erwies sich als unmöglich, die zwischenstaatlichen Gegensätze weiterhin miteinander auszusöhnen, die Entscheidung aufzuhalten. Die Atmosphäre der internationalen Beziehungen war so mit Elektrizität geladen, daß die Kugel des serbischen Gymnasiasten die Katastrophe heraufzubeschwören vermochte. Aber diese zwischenstaatlichen Gegensätze konnten nur deshalb eine solche Schärfe und Spannung erreichen, weil ihnen die ununterbrochen fortschreitenden Gegensätze innerhalb der Wirtschaftsordnung der modernen Gesellschaft zugrunde lagen.

Der auf dem Boden der Nationalstaaten groß gewordene Kapitalismus hat zu gewaltige Produktivkräfte ins Leben gerufen, deren Ausbeutung fortgesetzt die Erweiterung ihrer Anlagesphäre fordert. Die Rahmen des isolierten Einzelstaates werden von ihnen gesprengt, die vergesellschaftlichte Produktion strebt zur Weltproduktion im unmittelbarsten Sinne dieses Wortes. Und der Zusammenprall der entfalteten Produktivkräfte mit den starren Staatsgrenzen verwandelt sich in eine geschichtliche Katastrophe. Im Wahnsinn der blutigen Orgie kommt das tieffortschrittliche gesellschaftliche Bedürfnis nach Schaffung eines weltwirtschaftlichen Ganzen zum Ausdruck.

Dies bedeutet nicht den Bankrott des Sozialismus. Dies ist der Bankrott des Kapitalismus, der sich ohnmächtig erwiesen hat, die Ereignisse abzuwenden, die sämtliche im Jahrhundert seiner Herrschaft gemachten fortschrittlichen Errungenschaften vernichten.

„Der Kapitalismus hat grandiose gesellschaftliche Reichtümer geschaffen und aufgehäuft. Im Verlauf von nur 1½ Jahren vernichtet er sie mit einer keine Grenzen kennenden Verschwendung, indem er ganze Generationen zur schweren Fron ihrer Wiederherstellung verurteilt. Im Verlauf von 1½ Jahren verpulvert er buchstäblich die Erzeugnisse seiner gewaltigen Produktivkräfte, indem er von Monat zu Monat Milliarden an Werten in Pulver und andere Sprengstoffe verwandelt. Der Krieg wird von allen Staaten geführt unter Verpfändung der Arbeit der kommenden Generationen Europas: diesen Sinn haben die ungeheuerlichen Staatsanleihen, deren Verzinsung und Abtragung einen bedeutenden Teil des Nationaleinkommens verschlingen werden. Der gesellschaftliche Fortschritt, die freiwillige Anpassung des Staates an die wachsenden Bedürfnisse und Forderungen der Volksmassen ist für Jahre hinaus gehemmt. Der Aufschwung des wirtschaftlichen Wohlstandes der unteren Schichten, der die Grundlage für die Entwickelung der Industrie und des Handels der fortgeschrittenen Länder bildete, wird durch einen starken Rückschlag abgelöst werden.

Dies ist der Bankrott des Kapitalismus, den die sozialistische Kritik vorausgesagt hat, indem sie die inneren Gegensätze des Kapitalismus aufdeckte und nachwies, daß ihre weitere Entwickelung unvermeidlich zur Katastrophe führen würde."

In seinen weiteren Ausführungen untersucht Genosse Martow die Frage, ob die Maßnahmen, zu denen der Kapitalismus sich jetzt im wütenden Kampfe der entwickeltsten Nationen gezwungen sieht, seine weitere Stärkung oder eine Unterhöhlung seiner Existenzbedingungen bedeuten:

„Der Bankrott des Kapitalismus wird konstatiert nicht nur durch die Unfähigkeit der Regierungen, den entstandenen Weltbrand zu löschen, sondern auch durch die Maßnahmen, zu denen sie im Augenblick gezwungen sind und die sie zur Liquidation der Kriegsfolgen für die Zukunft planen. Alle Lehrsätze der bürgerlichen Nationalökonomie werden im Namen der Kriegsnöte mit Füßen getreten. Ein Zweig der Volkswirtschaft nach dem anderen wird den Händen der Privatpersonen entzogen und den Vertretern der Gesellschaft: dem Staat oder den Munizipalitäten übergeben. Der Staat monopolisiert die Verteilung des Hauptartikels des persönlichen Konsums — des Brotes — und des Hauptartikels des produktiven Konsums — der Kohle. Er macht Anstalten, eine ganze Reihe von Industriezweigen zu monopolisieren: Tabak-, Naphta-, Zucker-, Dungmittel-, chemische Industrie, Kohlenförderung usw. Er schreitet zur Reglementierung des persönlichen Konsums — durch Brot- und Fleischkarten usw. — und zu gleicher Zeit plant er (zum Teil verwirklicht er es bereits) eine zwangsweise Regelung der „Arbeitsleistung" von hunderttausenden Produzenten. Zugleich sieht sich der politische Gedanke der leitenden Männer der geschichtlichen Nationalstaaten auf dem Höhepunkt des Krieges, der im Namen der Selbsterhaltung dieser Staaten geführt wird und der eine neue Aera der nationalen Idee und der nationalen Leidenschaften geschaffen hat, zur Aufstellung von praktischen Aufgaben gezwungen, deren Lösung zur Verneinung und Aufhebung der Grundlagen dieser Nationalstaaten führt. Die Pläne des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses der jetzt verbündeten Staaten, die Pläne umfassender Gebietserwerbungen und der Schaffung von Weltmächten unterstreichen noch schärfer die innere Fäulnis der geschichtlichen Grundlagen der alten Welt, die jetzt ihre blutigen Triumphe feiert."

Es wäre aber eine verhängnisvolle Illusion, wollte man in den Maßnahmen, die unter dem Diktat der herrschenden sozialen Schichten durchgeführt oder für die Zukunft geplant werden, ohne weiteres einen Schritt zum Sozialismus erblicken.

„Die Aufgaben, vor die der Kapitalismus jetzt gestellt ist, bestehen in der Ueberwindung des Wirrwarrs der privatwirtschaftlichen Produktion wie in der Ueberwindung der Beschränktheit der jetzigen Staatsgrenzen. Die Lösungen dieser Aufgaben, über die er verfügt, und die ihm von den zurzeit herrschenden sozialen Gruppen diktiert werden, verheißen nur noch die Vermehrung der die alte Welt durchdringenden Gesellschaftsübel durch ein neues. Die Klassenungleichheit und die gesellschaftliche Hierarchie werden ergänzt durch die Militarisierung des öffentlichen Lebens und die Imperialisierung des Staates. Das Bild des kommenden Europa, das sich aus den Plänen und Wünschen seiner wirklichen Herrscher ergibt, widerstrebt allen in Jahrhunderten entstandenen demokratischen und kulturellen Instinkten der modernen Menschheit. Noch feindlicher ist es den Interessen der ungeheueren Mehrheit, von der letzten Endes seine Verwirklichung abhängt. Es wird deshalb nicht Wirklichkeit werden. Aber schon die Tatsache, daß der auf dem Boden der Demokratie und der Freiheit groß gewordene Kapitalismus in eine Sackgasse geraten ist, aus der es nur einen Ausweg — in der Richtung eines neuen Feudalismus — gibt, zeugt von seinem geschichtlichen Bankrott. Weder die Machtlosigkeit der sozialistischen Parteien, den Krieg zu verhindern oder seine Einstellung zu erzwingen, noch der jetzige Triumph aller alten Götzen vermag die Tatsache dieses Bankrotts zu beseitigen oder seine geschichtliche Bedeutung abzuschwächen. An dem Tage, wo der Kapitalismus die Elemente des Weltkrieges entfesselte, hat er sich selbst das Todesurteil unterzeichnet." —

Damit dieses Todesurteil auch wirklich vollstreckt wird, sind freilich Voraussetzungen erforderlich, über die nach dem Kriege gesprochen werden wird. Was aber schon jetzt möglich und notwendig ist, ist die Klärung der Frage, ob man es in den „militärsozialistischen" Maßnahmen mit „Sozialismus" oder einem neustaatlichen Feudalismus zu tun habe. Von der Beantwortung dieser Frage hängt sowohl die richtige Einschätzung der — von einigen Illusions- und Konfusionsräten mit Jubelhymnen begrüßten — Erweiterung der Grundlagen des Imperialismus ab, wie auch die künftige Taktik der Arbeiterklasse.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Februar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Ypern wurde ein englischer Handgranatenangriff gegen unsere neue Stellung am Kanal abgewiesen. Südlich von Loos mußte sich der Feind von unserer Trichterstellung wieder zurückziehen; an der Straße Lens—Arras griff er vergeblich an.

Unsere Flugzeuggeschwader griffen mit vielfach beobachtetem gutem Erfolge rückwärtige feindliche Anlagen, unter anderem in Furnes, Poperinghe, Amiens und Lunéville an.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Vor Dünaburg scheiterten russische Angriffe. Kleinere feindliche Vorstöße wurden auch an anderen Stellen der Front zurückgeschlagen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

•

Berlin, 21. Februar. Am 20. Februar mittags griffen Marineflugzeuge die englische Küste an. Es wurden Fabrikanlagen in Deal, Bahn- und Hafenanlagen sowie ein Gasometer in Lowestoft ausgiebig und mit gutem Erfolge mit Bomben belegt. Hauptbahnhof und Hafenanlagen in Lowestoft wurden mehrfach getroffen, der Gasometer brach unter der Wirkung einer Bombe zusammen. Ferner wurden in den Downs zwei Tankdampfer beworfen.

Trotz Beschießung und Verfolgung durch feindliche Flieger sind unsere Flugzeuge sämtlich wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 21. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart vom 21. Februar 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Oesterreichisch-ungarische Abteilungen warfen gestern abend den Feind südöstlich von Kozlow, an der Strypa, aus einer vorgeschobenen Stellung.

Beiderseits erhöhte Fliegertätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Albanische Abteilungen gewannen, von österreichisch-ungarischen Offizieren geführt, westlich von Kavaja die Adria-Küste.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der deutsche Fliegerangriff auf die englische Küste.

London, 20. Februar. (W. T. B.) Amtliche Meldung. Zwei deutsche Doppeldecker griffen heute morgen Lowestoft an. Sie warfen 17 Bomben aus großer Höhe ab, worauf sie verschwanden. Personen wurden nicht getroffen; die Nebengebäude eines Restaurants und zwei Wohnhäuser wurden beschädigt. Zwei Marine-Wasserflugzeuge stiegen auf und verfolgten die Angreifer, jedoch ohne Erfolg.

Ein deutsches Wasserflugzeug warf Bomben in der Nachbarschaft von Kentishknock-Feuerschiff ab, ein anderes warf sechs Bomben auf Walmer. Zwei Bomben zerstörten Hausdächer, eine andere fiel dicht neben der Kirche nieder, wodurch die Fensterscheiben zersprangen, als die Gemeinde gerade das Tedeum sang. Eine weitere fiel in der Nähe des Strandes nieder und tötete einen Zivilisten und eine Marineperson. Insgesamt wurden zwei Männer und ein Knabe getötet und eine Marineperson verwundet. Zwei britische Flugzeuge stiegen in Dover auf und verfolgten die Angreifer, ohne sie einzuholen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag. In Belgien versuchten die Deutschen nach einer heftigen Beschießung unserer Stellungen bei Steestraete den Yserkanal zu überschreiten. Einige feindliche Gruppen gelangten bis zu unserem Schützengraben der ersten Linie, von wo sie alsbald vertrieben wurden. In der Champagne beschoß unsere Artillerie feindliche Werke nördlich Tahure und östlich Navarin. In den Argonnen sprengten wir bei Vauquois zwei Minen in die Luft, welche die feindlichen Arbeiten vernichteten. Zwischen Maas und Mosel beschossen unsere Batterien feindliche Werke in der Richtung auf Etain, Varcq und St. Hilaire. Sie riefen mehrere Brände und eine sehr heftige Explosion hervor. Südlich von St. Mihiel richteten wir ein vernichtendes Feuer auf die deutschen Werke westlich des Waldes von Apremont. Ein feindliches Flugzeug warf mehrere Bomben auf Dünkirchen, ohne Schaden anzurichten. Ein anderes deutsches Flugzeug warf in der letzten Nacht zwei Geschosse ab, die auf einer Wiese südlich von Lunéville niederfielen.

Belgischer Bericht. Der Tag verlief an der Front der belgischen Armee ruhig. In der Gegend von Steenstraete wurde mit Bomben gekämpft.

Die englische Meldung.

London, 21. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht. In der letzten Nacht unternahm der Feind nach einer heftigen Artillerievorbereitung einen Angriff gegen unsere Schützengräben westlich von Serri, der vollkommen fehlschlug. Südlich von Boesinghe bemächtigte sich der Feind eines unbedeutenden vorgeschobenen Postens. Unsere Flugzeuge unternahmen eine erfolgreiche nächtliche Streife gegen den Flugplatz von Cambrai. Nachdem sie Bomben abgeworfen hatten, die innerhalb der Schuppen explodierten, kehrten die Flugzeuge wohlbehalten zurück.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 20. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht. An mehreren Stellen der Rigafront erschienen zahlreiche Flugzeuge und warfen Bomben ab. Die Deutschen entwickelten ein heftiges Artilleriefeuer gegen den Abschnitt Kircholm-Uexküll. Bei Uexküll und in der Gegend westlich Oger und westlich Propstingshof (4 Kilometer südlich Oger) wird wirksame Tätigkeit unserer Artillerie gemeldet. Nördlich Kreuzburg (2 Kilometer nördlich Jakobstadt) warfen deutsche Flugzeuge mehrere Bomben ab. Nördlich Dünaburg überflogen zwei Zeppeline die Gegend von Muschtel (20 Kilometer nördlich Dünaburg). Bei Dünaburg steigerte der Feind sein Artilleriefeuer. In der Gegend des Swentensees zerstörte unsere Artillerie zwei deutsche Blockhäuser. Am Dnjester, bei Michalcze, ließen wir eine Mine springen, welche das feindliche Drahthindernis und ein Minenfeld zerstörte und den Schützengraben verschüttete. Die Versuche des Gegners, uns aus dem Minentrichter durch schweres Artilleriefeuer und Bomben zu vertreiben, hatte keinen Erfolg.

Kaukasus: Bei der Verfolgung der Türken machten wir weitere neunundvierzig Offiziere und ungefähr zweitausendfünfhundert Mann zu Gefangenen und erbeuteten sechs Kanonen, zahlreiche Waffen und einen Transport mit Munition und Kriegsmaterial. Im Laufe des Kampfes um Erzerum erbeuteten wir eine türkische Fahne.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht. Im Suganatal setzte unsere Infanterie ihre kleinen kühnen Streifzüge fort, dem Feinde wurden einige Gefangene abgenommen. Entlang der übrigen Front die gewöhnliche Artillerietätigkeit. Unsere Batterien beschossen Uggowitz im Fellatal, wo starke Bewegungen von Truppen und Munitionswagen gemeldet worden waren. Ein feindlicher Flieger warf einige Bomben auf Ala, ohne irgendwelchen Schaden anzurichten. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 20. Februar. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An den Dardanellen wurden am 18. Februar zwei feindliche Kriegsschiffe, die Sedd ul Bahr und Tekke Burun beschossen, von mehreren Granaten unserer Batterien getroffen und mußten sich entfernen. Am 19. Februar zwangen gleichfalls unsere Batterien einen feindlichen Monitor, der die Höhe von Sedd ul Bahr beschoß, dem Feuer zu weichen. Am 17. Februar bombardierte einer unserer Flieger ein bei Mudros ankerndes Transportschiff, in dessen Vorderteil ein Brand hervorgerufen wurde.

Sonst nichts von Bedeutung.

Eine englische Denkschrift über die belgische Industrie.

London, 21. Februar. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus). Das Auswärtige Amt veröffentlicht folgenden von Sir Edward Grey an den belgischen Gesandten in London, Paul Hymans, gerichteten Brief:

Mein lieber Herr Gesandter!

Während der letzten Monate haben Sie mir wiederholt die Lage der Industrie in dem vom Feinde besetzten Teil Belgiens geschildert und die Notwendigkeit dargelegt, Rohstoffe einzuführen, wenn diese Industrie vor dem Ruin gerettet und vor allgemeiner Beschäftigungslosigkeit und Not bewahrt werden soll. Ich sende Ihnen jetzt hierbei eine Denkschrift, die den wirklichen Stand der Frage darstellt. Ich möchte hinzufügen, daß die hier erörterten Fragen vollständig unabhängig von der Einfuhr von Lebensmitteln in Belgien durch den Hilfsausschuß sind, dessen Arbeit die Königliche Regierung so lange insofern fördern wird, als sie unter einer angemessenen Oberaufsicht steht, vollständig unabhängig von deutscher Kontrolle ist und den von Zeit zu Zeit von der Regierung Seiner Majestät festgelegten Bedingungen entspricht.

Gezeichnet E. Grey.

Die

Denkschrift des Auswärtigen Amts

lautet wie folgt:

Wie wir hören, ist unter den Belgiern stark die Meinung verbreitet, daß die industrielle Not Belgiens einzig und allein der Handlungsweise der alliierten Regierungen zuzuschreiben sei, welche die Einfuhr verhindere, und es wird oft behauptet, daß diese Handlungsweise Deutschland nicht wesentlich schädigt, während sie einen für die Bevölkerung unseres Bundesgenossen höchst schmerzhaften Verlust in sich schließt. Es ist schon bekannt, daß die Königliche Regierung nicht in der Lage gewesen ist, anzuerkennen, daß die belgische Industrie unter den gegenwärtigen Verhältnissen aufrechterhalten werden kann, ohne beträchtlichen Nutzen für den Feind, einen Nutzen, der eine Verzögerung der Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit in sich schließt. Aber zu gleicher Zeit ist die Königliche Regierung völlig von der Notwendigkeit durchdrungen, der belgischen Bevölkerung beizustehen, und sie hat aus diesem Grunde den Hilfsausschuß für Belgien unterstützt und die Handelsausfuhr aus Belgien unter gewissen Bedingungen gestattet.

Aus diesem Grunde also beschloß sie vor einigen Monaten, ihre Bereitwilligkeit zu erkennen zu geben, Vorschläge für die Einfuhr von Rohstoffen nach Belgien durch Vermittelung und unter der Garantie des Hilfsausschusses in Erwägung zu ziehen. Die von den Deutschen im Zusammenhang mit diesem Plane geforderte Verpflichtung war einfach. Sie sollten die freie Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten, die aus solchen Stoffen hergestellt sind, durch den Hilfsausschuß gestatten. Sie sollten alle Vorräte solcher Rohstoffe oder Fertigfabrikate, die noch im Lande waren, schonen und von jeder Beschlagnahme oder Requisition frei lassen, und sie sollten im allgemeinen jede so vom Hilfsausschuß versorgte Fabrik als im Genuß derselben Vorrechte und Freiheiten stehend behandeln, wie ein Warenlager des Hilfsausschusses. Wir glaubten, daß die Einfuhr unter diesen Bedingungen hinreichen würde, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Bevölkerung, wenigstens zum großen Teil, aus der Not zu befreien, die mit ihrer unglücklichen Lage untrennbar verbunden ist. Dieser Plan wurde den deutschen Behörden in Brüssel vor vier Monaten von dem Hilfsausschuß vorgelegt. Erkundigungen über den Fortschritt der Verhandlungen wurden seither eingezogen, aber ergebnislos. Bis jetzt haben wir keine Antwort irgendwelcher Art von den Deutschen erhalten. Es hat niemals ein Zweifel über die Art von Politik bestanden, die die Deutschen in dieser Angelegenheit verfolgen, aber jetzt ist sie ganz klar geworden. Während sie dem belgischen Volke bei jeder Gelegenheit verkünden, daß der Ruin der belgischen Industrie lediglich auf die Politik der Alliierten zurückzuführen sei, während sie aus ihrer Bereitschaft Kapital schlagen, den belgischen Industriellen Garantien zu geben, daß sie die für deren Fabriken von außerhalb eingeführten Rohstoffe nicht requirieren werden, sind sie entschlossen, auf keinerlei Uebereinkommen zugunsten der belgischen Industrie einzugehen, bevor sie nicht dem Lande die letzte Unze der heimischen Vorräte an Rohstoffen oder Fertigfabrikaten genommen haben, die für sie von irgendeinem Nutzen sein können, und bevor sie nicht eine so ausgedehnte Notlage schaffen konnten, daß die erforderliche Zahl belgischer Arbeitskräfte gezwungen ist, nach Deutschland auszuwandern oder in solchen belgischen Betrieben Arbeit zu nehmen, die unter deutscher Kontrolle für deutsche Zwecke arbeiten. Wenn dieses Ziel erreicht ist, insofern überhaupt die Vaterlandsliebe und die Entschlossenheit der belgischen Fabrikanten und Arbeiter es je gestatten wird, daß ein solches Ziel erreicht wird, so werden die Deutschen unzweifelhaft ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringen, Vereinbarungen zu treffen, durch die das Land, wenn es erst einmal völlig aller seiner Hilfsquellen beraubt ist, wieder aufgefüllt werden kann. Bevor diese Zeit gekommen ist, dürfte es von Nutzen sein, diese deutsche Politik in ihrem ganzen Umfange darzustellen. Nur wenige Zahlen brauchen zum Beweise der notorischen Tatsache angeführt zu werden. Allein im Monat Oktober bis zum 26. November sind auf einer einzigen Straße aus Belgien nach Deutschland ausgeführt worden: 74 000 Tonnen Kohle, 6100 Tonnen Phosphate, 100 Tonnen Blei, 1850 Tonnen Erz, 340 Tonnen Stützbalken, 1200 Tonnen Guano, 1000 Tonnen Briketts. In dem diesem Zeitabschnitt unmittelbar vorausgegangenen Monat wurden große Mengen derselben Artikel auf derselben Straße ausgeführt, außerdem noch z. B. 840 Tonnen Schwefelkies, 1600 Fässer Lohbeize, 850 Tonnen Bleiextrakt sowie Mengen von Eisen, Blei, Gummi und Kopal.

Es ist wohlbekannt, daß zum mindesten die Hälfte der Produktion der belgischen Webereien requiriert worden ist. Vor kurzem hat der Kommandant der vierten Armee, die in Belgien steht, einen Befehl erlassen, in welchem unter Androhung strenger Strafen angeordnet wird, alle Baumwollvorräte anzuzeigen, und die Bearbeitung von Baumwolle für die Zukunft untersagt wird. Die allgemeine deutsche Politik kann in der Tat nicht besser illustriert werden als durch die Zusicherung, die von den Deutschen vor kurzem hervorragenden belgischen Geschäftsleuten erteilt wurde, bestimmte Metalle, wie Stahl und Kupfer zu schonen, die für die Aufrechterhaltung einer der hauptsächlichsten belgischen Industrien notwendig seien, falls sie den Beweis erbringen könnten, daß diese Metalle importiert seien. Der Schluß, daß alle belgischen Vorräte in diesen Artikeln beschlagnahmt würden, liegt klar auf der Hand.

Alle für Belgien wesentlich notwendigen Rohstoffe, wie Oel und Metalle, werden von deutschen Organisationen in deutschem Interesse überwacht und können nicht erlangt werden, es sei denn, daß der Bittsteller sich den Wünschen des Feindes anpaßt. Dies ist die Lage.

Die königliche Regierung hat den Versuch gemacht, durch die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Auslande für die belgische Industrie Vorsorge zu treffen, obwohl sie der Anschauung ist, daß diese Einfuhr auch unter den vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen dem Feinde zum wesentlichen Nutzen gereichen würde. Aus dem andauernden Schweigen der deutschen Behörden muß der Schluß gezogen werden, daß sie ihre Zustimmung zu dem ihnen von dem Hilfsausschuß vorgelegten Plan verweigert haben. Die von ihnen festgelegte Politik, die Verarmung des Landes herbeizuführen und die Arbeiter in ihren Dienst zu treiben, ist damit bloßgestellt, und die königliche Regierung muß dem belgischen Volke gegenüber jede Verantwortung für die Uebel ablehnen, die ihm der Feind verursacht und die zu beseitigen, er sich geweigert hat.

Notiz des W. T. B.: Zu dieser Veröffentlichung wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Wir sind überzeugt, daß die deutsche Verwaltung die Antwort auf die englische Denkschrift nicht schuldig bleiben wird. Soweit uns bekannt, sind von englischer Seite Vorschläge wegen der Versorgung der belgischen Industrie mit Rohstoffen gemacht worden. Diese Vorschläge sind von der deutschen Verwaltung nicht unbedingt abgelehnt, sondern unterliegen noch der Prüfung. Eine sorgfältige Prüfung ist um so notwendiger, als von englischer Seite einige Bedingungen gestellt sind, denen ein recht harmloses Gewand gegeben ist, bei denen aber das deutsche Auge leicht den Pferdefuß erkennt. So soll z. B. nach englischer Ansicht der Kaufpreis für die aus Belgien auszuführenden Waren in England hinterlegt werden. Daß zum Beweis für die angebliche Ausplünderung Belgiens durch die Barbaren auf die Ausfuhr belgischer Kohle nach Deutschland verwiesen wird, ist auch recht sonderbar. Es ist doch bekannt, daß in den einzelnen Kohlensorten ein Austausch zwischen Deutschland und Belgien stattfindet und daß Deutschland es ist, das jetzt mehr Kohlen nach Belgien liefert, als von dort bezieht. Bekannt ist auch, daß die deutsche Verwaltung die Ausfuhr belgischer Kohle nach neutralen Ländern wie Holland, Schweden usw. mit allen Kräften fördert, um dem belgischen Arbeiter Verdienst zu schaffen. Die Denkschrift ist eben ein weiteres Beispiel englischer Verdrehungskunst.

Die neuen englische Kriegskredite.

London, 21. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Regierung kündigte einen Kriegskredit von 420 Millionen Pfund Sterling an, wodurch die Gesamtsumme der Kriegskredite auf 1720 Millionen Pfund Sterling steigt.

Anmerkung der Redaktion: Nach unseren Informationen beziehen sich die 1720 Millionen Pfund Sterling auf das laufende Finanzjahr.

Zukunftsgedanken des englischen Kolonialministers.

London, 20. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bonar Law hatte eine Unterredung mit einem Korrespondenten der „New York Times". Er sagte u. a. über eine ökonomische Entente der Alliierten nach dem Kriege, er glaube, daß durch den Krieg die finanziellen Differenzen beigelegt worden seien. Vor dem Kriege habe Deutschland Westrußland durch eine Art kommerzielle Durchdringung fest in seiner Macht gehabt. Dieses Gebiet müsse in Zukunft in anderen Händen sein, vornehmlich in denen Frankreichs und Englands. Der deutsche Handel habe vor dem Kriege in Italien zugenommen und sein Einfluß sei in Frankreich bemerkbar und in England groß gewesen. Deutschland werde von vielen Märkten vertrieben werden. Die Alliierten werden wahrscheinlich eine wirtschaftliche Entente eingehen. Bonar Law sprach ferner die Erwartung aus, daß nach dem Kriege eine Periode reger industrieller Tätigkeit anbrechen werde. Die Munitionsarbeit habe der englischen Maschinenkunde neues Leben eingehaucht, die Hilfsmittel der Produktion vermehrt, die Findigkeit und das Anpassungsvermögen des Volkes gestärkt und ihm gezeigt, was es könne.

Auf die Frage, ob der Krieg eine Veränderung in die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bringen werde, antwortete Bonar Law, sie werde vielleicht kommen, wenn nämlich ein Friedensbund gegründet werde, um zu verhindern, daß eine Katastrophe wie die jetzige sich wiederhole. Falls dies ein bewaffneter Bund sein solle, müßten die Vereinigten Staaten aber stärker werden, um ihre Rolle als internationale Polizeimacht ausfüllen zu können. Nur mächtige neutrale Staaten könnten Uebertretungen des Kriegsrechts verhindern. In diesem Kriege habe eine derartige Intervention nicht stattgefunden und in Zukunft werde, wenn die Rüstungen nicht ernstlich beschränkt werden, keine Macht stark genug sein, um durchzusetzen, daß die internationalen Verträge eingehalten werden und eine Wiederholung der gegenwärtigen Schrecken unmöglich gemacht wird.

Französische Warnung vor dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

Die „Alsace" (Belfort) vom 12. Februar schreibt, in England und Frankreich haben sich Ausschüsse gebildet, um Deutschland vom Weltmarkt zu verdrängen und den Wirtschaftskrieg für die Zeit des Friedens vorzubereiten. Das vorgeschlagene Verfahren sei wenig geeignet, Frankreichs Vorteil wahrzunehmen. Sicher sei es nützlich und für beide Länder notwendig, sich enger zusammenzuschließen, aber was man als den Vorteil des Landes bei diesen Bestrebungen hinstelle, seien zumeist Sondervorteile von einzelnen. Frankreich leide unter einem übermäßigen Schutzzollsystem, ein gleiches solle jetzt in England eingeführt und das Land damit in die Zeit der Navigations-Akte und des Kolonialsystems zurückgeworfen werden. Man bereite jenseits des Kanals einen wirtschaftlichen Krieg vor, der nach den ungeheuren Ausgaben des Krieges weitere Milliarden verschlingen würde. Man spreche von einer wirtschaftlichen Absperrung, die aber ebenso diejenigen schädigen würde, die sie einführen, wie die, gegen die sie gerichtet ist. Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Fürsorge dürfe nicht die Angst vor Deutschland und dem Handelskrieg sein, der zum Kampf der Verbündeten untereinander führen müsse, zur Vergeudung von Kräften und zu ernsten Streitigkeiten. Es sei Sache der Regierungen, ein gemeinsames Vorgehen beider Völker zu besprechen, ehe in beiden Ländern selbstsüchtige Bestrebungen die Oberhand gewinnen.

Antimilitaristische Umtriebe in Frankreich.

Unter der Ueberschrift „Wann kommt der Maulkorb?" wendet sich die „Alsace" (Belfort) vom 15. Februar gegen die sozialistischen Abgeordneten und Journalisten und wirft ihnen vor, sie wollten nur den Klassenhaß säen. Der Haß war und ist das einzige Programm der Kommune von 1871 und der Leute, welche die Kommunarden heute feiern. Die Revolutionäre hetzten schon immer gegen die militärische Disziplin, und man werde später das eigenartige Benehmen der sozialistischen Abgeordneten, die bei Beginn des Krieges unter den Fahnen standen, gegenüber der militärischen Autorität und den Vorgesetzten kennen lernen. Wenn an der Front Disziplin gehalten werden muß, warum ist sie dann für gewisse Leute im Lande ein toter Buchstabe? Warum soll der Soldat gehorchen, wenn er um sich her den Haß gegen die Offiziere predigen hört? Könne man die antimilitaristischen Blätter nun einmal nicht unterdrücken, so solle man sie von der Front fernhalten. Das Wohl des Landes sei wichtiger als die Geschäfte kollektivistischer bochophiler Papierverkäufer.

Französische Musterungsbeschwerden.

In der „Libre Parole" vom 18. Februar schreibt der Abgeordnete Denais, man könne nicht zwei Menschen innerhalb einer Minute ärztlich untersuchen, und es dürfe nicht vorkommen, daß der Vorsitzende der Musterungskommission oder ein Arzt bei Beginn der Arbeit erklärt: „Wir haben uns verspätet, wollen wir uns also beeilen, daß wir um 12 Uhr zum Essen kommen." Vielfach werden die Leute überhaupt nicht untersucht, man beschränkt sich auf die Feststellung, daß sie alle tauglich sind, mit Ausnahme derer, die ein augenfälliges Gebrechen haben. Bei den jungen Leuten richtet dieses Verfahren wenig Schaden an, da sie beim Eintritt in die Truppen nochmals streng gemustert werden, dagegen ist es höchst bedenklich bei den Mannschaften des Hilfsdienstes. Soweit sie mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, sind diese leicht zu erkennen, dagegen erfordern innere Krankheiten eine genaue Untersuchung. Tatsache ist, daß die meisten Leute des Hilfsdienstes, die dem aktiven Heer zugewiesen werden, sich nachträglich als dienstuntauglich herausstellten.

Eine Rede Tittonis.

Nizza, 21. Februar. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der italienische Botschafter in Paris, Tittoni, hielt hier eine Rede. Nachdem er an die zahlreichen Bande erinnert hatte, welche Frankreich und Italien verknüpfen, erklärte er: Es ist natürlich, daß zwei große benachbarte Nationen, die nicht nur mit ihrem Mutterlande, sondern auch in ihren Kolonien aneinanderstoßen, nicht immer die gleichen Interessen haben. Die Staatsmänner der beiden Länder sollen gerade darüber wachen, daß diese Interessen miteinander in Einklang kommen und vor allem nach dem Kriege übereinstimmen. Hervorragende französische und italienische Parlamentarier werden sich demnächst in Paris vereinigen, um an diesem patriotischen Werk zusammenzuarbeiten. Ihre Unterstützung wird günstige Beschlüsse in den Parlamenten sichern und eine nützliche Ergänzung des Werkes Briands sein, der die Einheitlichkeit in der Leitung der diplomatischen und der Wohlfahrtsaktion der Alliierten festgesetzt hat. Zum Schluß erklärte Tittoni: Wir wollen einen Frieden, der die Menschheit vor der Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe bewahrt, und werden die Waffen nicht niederlegen, ehe wir ihn errungen haben.

Russische Anleihe in Amerika.

Kopenhagen, 21. Februar. (W. T. B.) Wie „Berlingske Tidende" aus Petersburg meldet, hat das Finanzministerium Schritte zur Aufnahme eines Darlehns von einer Milliarde Rubel in Amerika unternommen. Die Verhandlungen mit der betreffenden Bank in New York hätten ein völlig zufriedenstellendes Ergebnis gehabt.

Eine kriegsbereite Richtung in der rumänischen Sozialdemokratie.

Wie wir einem Bukarester Bericht in der Wiener „Arbeiterzeitung" entnehmen, spielen sich in der rumänischen Sozialdemokratie neuerdings Vorgänge ab, die einen interessanten Einblick in die widerstreitenden Tendenzen innerhalb der sozialistischen Parteien des Balkans gewähren. Wir halten diesen Bericht für bedeutsam genug, ihn im Wortlaut wiederzugeben:

„In ihrem Kampf für die Neutralität Rumäniens steht der rumänischen Sozialdemokratie bis jetzt ein großer Gegner gegenüber: die russophile Partei, deren Fonds von russischem Gelde gespeist werden, der eine große, den Russen verkaufte Presse zur Verfügung steht und die deshalb die ganze Kriegszeit hindurch ihre Hetzarbeit auf das wirksamste entfalten konnte. Diese Partei war und ist daher die größte Gefahr für den Frieden und ihr gilt in erster Linie der Kampf unserer Genossen.

Von einer deutschfreundlichen Partei, die der Neutralität gefährlich werden könnte, kann bis jetzt in Rumänien nicht die Rede sein. Die Deutschfreundlichen verlangen die Neutralität, nur einige wenige Politiker verlangen ein Eingreifen Rumäniens in den Krieg auf der Seite der Mittelmächte. So war bis jetzt die Hauptaktion unserer Partei für den Frieden gegen die Russophilen gerichtet. In den großen Parteistreit über die Haltung der Sozialisten im Kriegsfalle — einem Streite, der für Rumänien ein bloß theoretischer bleiben mußte, da die Partei keine Vertretung im Parlamente besitzt — stellte sich danach die rumänische Sozialdemokratie auf die Seite der Minderheiten, verwarf den Gedanken des „Burgfriedens", veranstaltete die zweite Interbalkankonferenz mit Ausschluß der bulgarischen sozialistisch-opportunistischen Partei der „Breiten" und beteiligte sich an der Kundgebung der internationalen Linken in Zimmerwald. Resolutionen der großen Friedensversammlungen, der Interbalkankonferenz und des letzten Parteikongresses, die von uns gebracht wurden, waren im gleichen Sinne gehalten. All diese Kundgebungen veranstaltete die Partei scheinbar in voller Uebereinstimmung mit allen Parteigenossen. Jedenfalls erhob sich niemals ein Widerspruch aus den Tiefen der Partei gegen den eingeschlagenen Weg. Erst jetzt, in den letzten Tagen, erhebt sich eine Opposition, die der Partei neue Wege im Kampfe gegen die Kriegshetze vorschreibt. Die Parteisektion Jassy, die sich geweigert hatte, den letzten Kongreß zu beschicken, bildet unter der Führung der Genossen Dr. Ghelerter und Bujor einen oppositionellen deutschfreundlichen Block gegen die Haltung der Parteiexekutive.

Die beiden Genossen, von denen Bujor schon während der Kriegszeit Chefredakteur der „Lupta" war, geben jetzt eine Halbmonatsschrift unter dem Namen „Convobiri Sociale" (Soziale Besprechungen) heraus, welche die Haltung der Parteileitung bekämpft. Sie stellt dem bisherigen rücksichtslosen Kampfe der Partei gegen die russophilen Parteien und die deutschfreundlichen Strömungen folgendes Programm entgegen, das sie einhalten müßte:

1. Kampf für die Neutralität bis aufs äußerste.
2. Wenn dieser Kampf jedoch erfolglos bliebe, dann entschiedener Anschluß Rumäniens an die Zentralmächte zum Zwecke der Schwächung Rußlands und seiner Entfernung von unseren Grenzen.
3. Bekämpfung der russophilen Propaganda und der Parteien, die sie nähren, mit aller Energie.
4. Unterstützung der Parteien, die sich diesem unserem Standpunkt nähern.

Dieses Programm wird in einem längeren Artikel des Genossen Bujor in der ersten Nummer seiner Zeitschrift begründet. Der Artikel schildert die große Gefahr, die Rußland für die Existenz des unabhängigen rumänischen Staatswesens bildet und gelangt zu dem Schlusse, daß die einzige Rettung vor dieser Gefahr die Schwächung Rußlands, die Annexion Bessarabiens und die Begründung der freien Ukraina sei. Wenn Rumänien aus seiner Neutralität schon heraustrete, so dürfe dies nur zugunsten der Mittelmächte geschehen. In diesem Sinne müsse die Partei wirken und den deutschfreundlichen Elementen zu größerem Einfluß im Volke verhelfen. In ihrer Kritik gegen die Parteileitung tritt die Zeitschrift ferner gegen den Ausschluß der bulgarischen „Breiten" von der Interbalkankonferenz und gegen den Anschluß an die Zimmerwalder Linke, ohne durch Referendum die Zustimmung der Mitglieder erfragt zu haben, auf. Diese Vorwürfe kommen ein wenig zu spät, da diese beiden „absolutistischen" Handlungen der Exekutiven inzwischen die Sanktion des Kongresses besitzen, den allerdings die Jassyer Opposition nicht besucht hat.

In der Partei hat das Auftreten der Opposition große Aufregung hervorgerufen. Besonders scharf trat eine Bukarester Parteiversammlung gegen die Jassyer Sektion auf, die mit allen gegen neun Stimmen geradezu den Ausschluß der Genossen Dr. Ghelerter und Bujor aus der Partei forderte. Die Parteiexekutive selbst erläßt in dieser Angelegenheit folgendes Communiqué in der „Lupta":

„Das Exekutivkomitee verwirft auf das entschiedenste die Tendenzen der Zeitschrift „Convobiri Sociale", welche sich mit ihrer Propaganda von nationalistischen und kriegerischen Ideen in direktem Widerspruch mit der Taktik des intransigenten Klassenkampfes und dem Prinzip einer ehrlichen und endgültigen Neutralität befindet — Grundsätze, zu denen sich unsere Partei in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Stuttgart, Kopenhagen, Basel und Zimmerwald und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen unserer nationalen Kongresse vom August 1914 und Oktober 1915, endlich in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Interbalkankonferenz vom Juli 1915 bekennt.

Das Exekutivkomitee nimmt Abstand von den ihm gemäß dem Statut zustehenden Rechten gegen die beiden Genossen, indem es die Freiheit der Parteimitglieder, ihre den Prinzipien und selbst Kongreßbeschlüssen entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck zu bringen, respektiert, solange diese Haltung die Grenzen der theoretischen Diskussion nicht überschreitet. Das Exekutivkomitee behält sich aber diese Maßnahmen vor für den Fall, als die Propagierung dieser Ideen einen systematischen Charakter annehmen und zu einer Aktion gegen die Prinzipien der Partei und die Kongreßbeschlüsse führen sollte.

Für jetzt empfiehlt das Exekutivkomitee den Sektionen des Landes, in ihren Versammlungen die nationalistischen und opportunistischen Tendenzen der „Convobiri Sociale" zu diskutieren und den intransigenten Standpunkt unserer Partei zu bekräftigen."

Auf eine ernstere Aktion wird es die Jassyer Opposition nun höchstwahrscheinlich nicht ankommen lassen. Sie wird sich mit der theoretischen Erörterung ihres Standpunktes in ihrer Zeitschrift begnügen."

Politische Uebersicht.

Handel und Geldverkehr im Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Montag die Debatte über Handel und Geldverkehr beendet. Es kam außer dem Genossen Hue nur noch der Abg. Freiherr von Zedlitz (fk.) zu Worte, die ebenso wie die Redner vom Sonnabend zu dem Problem des deutsch-österreichischen Wirtschaftsbündnisses Stellung nahmen. Dem Grundgedanken eines solchen Bündnisses stellte sich auch unser Vertreter sympathisch gegenüber, er verlangte aber Vorkehrungen dagegen, daß es etwa dazu führt, uns den anderen Auslandsmarkt zu versperren. Im Gegenteil, er betonte die Notwendigkeit, sobald als möglich den Güteraustausch mit den uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Ländern wieder aufzunehmen. Eindringlichst warnte er davor, daß sich Deutschland aus chauvinistischen Gründen gegen die übrige Welt absperrt.

Skeptischer als die übrigen bürgerlichen Redner steht der Abg. Frhr. v. Zedlitz dem Problem Mitteleuropa gegenüber; allerdings bezeichnete er es als erfreulich, wenn wir den Handelskrieg, der sich voraussichtlich an den Weltkrieg anschließen werde, mit einem in sich gefestigten Mitteleuropa als einer geschlossenen Phalanx führen könnten, aber er riet zur Vorsicht und wandte sich gegen die Stimmungsmache, wie sie insbesondere Herr Dr. Naumann beliebt. Im übrigen ließ seine Rede an versteckten Spitzen gegen den leitenden Staatsmann nichts zu wünschen übrig. Charakteristisch ist seine Bemerkung, man müsse prüfen, ob der Verzicht auf Kriegsentschädigung nicht einem Verzicht auf weitgehende Sicherungen für unseren Handel vorzuziehen sei. Es ist erst wenige Monate her, da war man an Herrn v. Zedlitz und seinen Freunden eine andere Tonart gewöhnt. Nach Erledigung dieses Kapitels begann die Beratung des Abschnitts „Handwerk", die aber bald abgebrochen und auf Dienstag vertagt wurde.

Zur Vereinigung der Fürstentümer Schwarzburg.

Nach einwöchiger Tagungsdauer wurde der Landtag am Sonnabend wieder geschlossen. Erledigt wurde ein Kriegssteuergesetz in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer. Die Zuschläge betragen bei einem Einkommen von 1500—1800 M. 2,40 M. und steigen progressiv; bei 30 000 M. betragen sie z. B. 264 M. Der höchste Satz entspricht einem Zuschlag zur Einkommensteuer von 24 vom Hundert. Soweit die Besteuerung eines Einkommens nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes nicht oder nicht im vollen Umfange erreicht wird, soll von dem ausfallenden Teile eine einmalige Abgabe von 6 vom Hundert entrichtet werden. Damit sollen größere, während des Krieges und in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege erzielte Gewinne getroffen werden.

Angenommemn wurde ferner ein Gesetz, das Kinderbeihilfen während des Krieges an Staatsdiener und Volksschullehrer gewährt.

Bei der Aussprache über die Vereinigung mit Schwarzburg-Sondershausen wurden von allen Seiten die großen Schwierigkeiten hervorgehoben, die zu überwinden sind. Schwarzburg-Rudolstadt hat ein viel freiheitliches Wahlrecht als Schwarzburg-Sondershausen. In Rudolstadt werden vier Abgeordnete von den Höchstbesteuerten und die übrigen zwölf Abgeordneten in allgemeinen Wahlen gewählt. In Sondershausen hingegen werden 6 Abgeordnete vom Fürsten ernannt, 6 von den Höchstbesteuerten und 6 in allgemeinen Wahlen gewählt. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Verhältnisse in beiden Fürstentümern verschieden. Der Landtag wählte in den Ausschuß zur Vorberatung über die Vereinigung drei Sozialdemokraten und drei bürgerliche Abgeordnete.

Im weiteren wurde die Regierung aufgefordert, alles aufzubieten, um neue Industriezweige heranzuziehen, da es wohl lange dauern kann, bis sich die Luxus-Porzellanbranche, die im Lande vorherrschend ist, wieder erholt. Auch die Maßnahmen der Reichsregierung in der Nahrungsmittelversorgung wurden einer eingehenden Kritik unterzogen und der Regierung praktische Vorschläge unterbreitet.

Eine Frage des Verfassungsrechts.

In dem Duisburger Parteiblatt lesen wir: Nach Artikel 21 der Reichsverfassung bedürfen Beamte für den Eintritt in den Reichstag keines Urlaubs, wenn er seine Arbeiten aufnimmt. Der Reichstag ist eröffnet und wenn er auch augenblicklich mit seiner Zustimmung mehr als 30 Tage vertagt ist, so bedeutet diese Vertagung keine Unterbrechung der Sitzungsperiode. Im Sinne des Staatsrechts ist der Reichstag auch bei seiner Vertagung versammelt. In diesem Sinne hat das Reichsgericht in einer wissenschaftlich durchdachten und auf die Rechtsquellen sich stützenden Entscheidung klar Stellung genommen. (Vergl. Band 22, Seite 379 der amtlichen Sammlung.)

Nach einem Bescheide des Kriegsministeriums an den Abgeordneten Göhre gehören Offiziere und Mannschaften im Sinne der Verfassung zu den „Beamten", die keines Urlaubs bedürfen, um die parlamentarische Tätigkeit auszuüben. Das Kriegsministerium ist daher der Auffassung, daß der „Urlaub", der allen Einberufenen zu den Sitzungen des Reichstages im Dezember 1915 erteilt wurde, kein Urlaub im strengen militärischen Sinne ist. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Abgeordnete Dittmann eine solche weitere „Beurlaubung" für wichtige parlamentarische Arbeiten nachgesucht, die jedoch von dem stellvertretenden Generalkommando in Münster abgelehnt ist. Es ist damit eine neue Streitfrage des Verfassungsrechts aufgeworfen, auf deren Lösung man gespannt sein darf.

Gegen die Kriegerfrauen.

Der Landrat des Kreises Wehlau in Ostpreußen hat im Kreisblatt folgende Verfügung veröffentlicht:

„Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß Kriegerfrauen im hiesigen Kreise ohne triftige Gründe ihren Wohnsitz in die Städte verlegen in der Annahme, daß sie alsdann hier freie Wohnung, freies Brennmaterial usw. erhalten. — Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß in derartigen Fällen eine Zusatzunterstützung nicht gewährt werden wird. — Ferner werden die Zusatzunterstützungen entzogen werden, wenn Frauen infolge der vermehrten Einkünfte ohne Grund Arbeiten verweigern, die sie bis dahin geleistet haben. — Schließlich ersuche ich die Herren Guts- und Gemeindevorsteher, mir diejenigen Kriegerfrauen, die sich ohne Grund weigern, ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeiten gegen ortsüblichen Tagelohn vorzunehmen, zwecks etwaiger Entziehung der Zusatzunterstützungen namhaft zu machen. — Vorstehende Bekanntmachung ist in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

Wehlau, den 17. Februar 1916.

Namens des Lieferungsverbandes des Kreises Wehlau:
Der Königliche Landrat: Weber."

Die Kriegerfrauen ziehen vom Lande nach der Stadt, weil sie auf dem Lande nicht die ausreichende Unterstützung bekommen. Werden ihnen nun gar die Zusatzunterstützungen entzogen, so wird die Landflucht erst recht einsetzen. Auch der Oberpräsident von Ostpreußen gab dieser Befürchtung kürzlich Ausdruck.

Zahlen.

Der halbamtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" bringt eine Zusammenstellung über die Preisbewegung einiger Lebensmittel vor und während des Krieges. Darin wird u. a. über die Steigerung der Kleinhandelspreise folgende Tabelle gebracht: Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin für die Städtischen Markthallen betrugen die Preise für 1 Pfund in Pfennigen bei

	Rindfleisch Keule	Rindfleisch Bauchfl.	Hammelfleisch Keule	Hammelfleisch Bauch	Schweinefleisch Rücken	Schweinefleisch Bauch
Dez. 1913	103	81	98	87	101	81
Dez. 1914	104	79	99	88	94	83
Juli 1915	139	115	145	136	183	158
Dez. 1915	160	134	164	153	140	140

	Speck	Schweineschmalz	Butter	Kartoffeln für 1 kg	Eier 1 Stck.
Dez. 1913	98	85	130	6	10
Dez. 1914	112	107	168	8	14
Juli 1915	185	180	193	11	15
Dez. 1915	220	250	260	8	27

	Karpfen lebend	Schleie lebend
Dezember 1913	102	136
Dezember 1914	97	125
Juli 1915	127	134
Dezember 1915	128	150

Wie ohne weiteres ersichtlich, zeigte sich im Dezember des ersten Kriegsjahres bei einzelnen Lebensmitteln eine Preissteigerung gegenüber 1913. Sie ist groß, aber noch immerhin erträglich. Seit Dezember 1914 sind die Preise dagegen ganz allgemein gewaltig in die Höhe gegangen. Der von einem Privatdozenten geleitete „Nachrichtendienst" fügt nun aber hinzu:

„Diese Zahlen lassen die Teuerungsverhältnisse zwar deutlich erkennen, zeigen aber andererseits, daß die Anordnungen der Behörden in erster Linie außerordentlich preisniederhaltend waren. Ein Erfolg, der angesichts der verschiedenen Beurteilung, die diese Maßnahmen gefunden haben, gewiß nicht zu unterschätzen ist."

Jeder andere Leser wird aus den Zahlen vielmehr schließen, daß die Regierung viel zu spät oder unzweckmäßig eingegriffen hat, denn sonst hätten nicht von Dezember 1914 bis zum gleichen Monat 1915 die Preise bis zu der angegebenen Höhe steigen können. Speck z. B. war im Dezember 1915 doppelt, ja fast dreifach so teuer, wie im Winter 1914. Auch bei den Lebensmitteln, wo die Regierung Maßnahmen getroffen hatte (wie Schweinefleisch), betrug die Steigerung noch 80 Prozent. Dabei gab es im Dezember Schweinefleisch überhaupt nicht auf dem Markt. Bei Butter war die Steigerung gerade im letzten Halbjahr (Juli bis Dezember 1915) am größten.

Die Zahlen sind also sehr lehrreich, nur in einem ganz anderen Sinne als der „Nachrichtendienst" sie ausbeuten will.

Eine interessante Feststellung.

Wir lesen in der „Welt am Montag":

„Der Jahresbericht der nationalliberalen Partei zu Duisburg spricht die Hoffnung aus, daß „viele Sozialdemokraten von ehedem sich unter nationaler Fahne zu unserer Partei finden werden." Ob das bei „vielen" Sozialdemokraten der Fall sein wird, wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß einzelne Sozialdemokraten, insbesondere manche sozialdemokratischen Schriftsteller, allerdings bereis hinreichend umgelernt haben, um jeden Tag ihren Anschluß an die „Partei der Reichsausdehnung" vollziehen zu können."

Wir sind leider nicht in der Lage, diese Feststellung des bürgerlich-demokratischen Blattes bestreiten zu können.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse

hielt am Sonnabend, den 19. d. M., und am Sonntag, den 20. d. M., in Berlin eine Sitzung ab, zu der die Mitglieder aus allen Gebieten des Reichs fast vollzählig erschienen waren. Ueber die Gegenstände der Tagesordnung: die drohende Papierknappheit und die Einschränkung des redaktionellen Teils der Zeitungen, das Verhältnis der Redakteure zu den Verlegern, die wirtschaftliche Lage der Berufsgenossen in der Kriegszeit, die Zensur, wurden sehr eingehende Beratungen gepflogen. Zu dem letzten Gegenstand wurde eine Entschließung angenommen, worin der Reichsverband bei dem Reichskanzler und den zuständigen militärischen Stellen mit der Bitte vorstellig werden soll, daß die Zensur auf das gesetzlich berechtigte Maß zurückgeführt, d. h. auf rein militärische Angelegenheiten beschränkt wird.

Letzte Nachrichten.

England und Belgien.

London, 21. Februar. (W. T. B.) Die „Daily News" erklärt in einem Leitartikel über die zwischen Sir Edward Grey und dem belgischen Minister Hymans gewechselten Schreiben, daß man nicht sagen könne, daß die britische Regierung in dieser Angelegenheit nicht bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens gegangen sei. Sie habe die freie Einfuhr von Rohstoffen nach Belgien und die Ausfuhr der daraus hergestellten Fabrikate aus Belgien durch Vermittelung des Hilfsausschusses angeboten und von den Deutschen das Versprechen verlangt, die bereits im Lande vorhandenen Vorräte nicht anzutasten. Auf diesen Vorschlag, der in die englische Blockade zweifellos eine mehr oder weniger ernste Lücke gebracht hätte, habe die deutsche Regierung nicht geantwortet, wohl aber hätten die Deutschen das Land systematisch der vorhandenen Vorräte entblößt und getrachtet, die Schuld für das Elend, welches infolgedessen entstand, den Verbündeten in die Schuhe zu schieben.

Aufgebracht.

Kopenhagen, 21. Februar. (T. U.) Ein deutscher Torpedojäger hielt gestern im Kattegat den Dampfer „Bergenhus" der Kopenhagener Vereinigten Dampfschiffahrtsgesellschaft an, der mit Stückgut nach Liverpool unterwegs war. Weiter wurde im internationalen Gewässer des Oere-Sunds das Motorschiff „Bandon" der Dänisch-Ostasiatischen Compagny von einem bewaffneten deutschen Trawler angehalten. „Bandon" war mit Stückgut unterwegs nach Siam. Beide Schiffe wurden nach Swinemünde zur Untersuchung gebracht. Hier wird behauptet, keines habe irgendwelche Bannware an Bord und deshalb die Freigabe erhofft.

Griechischer Protest gegen die Türkei.

Paris, 21. Februar. (T. U.) Die Havasagentur verbreitet eine Athener Nachricht mit folgendem Wortlaut: Die türkische Regierung hat beschlossen, alle Griechen, die nicht zur Türkei zurückkehrten, um Dienst zu nehmen, auszuweisen. Die griechische Regierung hat hiergegen einen energischen Protest erhoben.

Ein griechischer Kreuzer vor Durazzo.

London, 21. Februar. (T. U.) Reuter meldet aus Paris: Laut „Petit Parisien" ist der griechische Kreuzer „Helle" zum Schutze der griechischen Bevölkerung vor Durazzo erschienen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

25 Jahre Wäschearbeiterorganisation.

Die Wäschearbeiter Berlins können auf ein Vierteljahrhundert Organisationsarbeit zurückblicken. Rund 25 Jahre sind vergangen, seit der Grundstein zu diesem Zusammenschluß gelegt wurde. Es war im Jahre 1891, als in der Brauerei Pfefferberg in Berlin der „Verein zur Wahrung geistiger und materieller Interessen aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche" begründet wurde. Im gleichen Lokale feierten auch die Berufsangehörigen die Wiederkehr dieses denkwürdigen Tages. Branchenleiter Eue gab einen Ueberblick von dem Wirken und der Entwickelung der Organisation. Diese Gründung war eine Verschmelzung des „Fachvereins der Wäschezuschneider" und des „Vereins der Wäschenäherinnen". Sie war der erste Schritt zur Zentralisation, die sich immer mehr entwickelte und ohne Unterbrechung bis 1907 bestanden hat. An diesem Zeitpunkt erfolgte die Verschmelzung mit dem Verbande der Schneider und Schneiderinnen. Das neue Gebilde erhielt die Bezeichnung: „Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter".

Der „Fachverein der Wäschezuschneider" war 1885 entstanden. Es gab damals nicht viel Berufsgenossen und auch die Mitglieder waren gering an Zahl. Dagegen waren Widerstände und Schwierigkeiten zu überwinden, wie sie wohl jede Organisation in diesem Stadium zu überwinden hatte. Der „Verein der Berliner Wäschefabrikanten" erfaßte instinktiv die Bedeutung dieses Vorganges und ergriff dementsprechende Maßnahmen. Die junge Vereinigung hatte schwer darunter zu leiden, die führenden Persönlichkeiten hatten eine an Opfern und Mühen reiche Tätigkeit zu bewältigen und es bedurfte eines tieffundierten Idealismus, um all den einstürmenden Widerwärtigkeiten standhaft zu trotzen. Erst als sich der Verband eine organisatorische und agitatorische Persönlichkeit engagieren und somit dem Machtbereich der Unternehmer entziehen konnte, wurde es besser.

Der „Verein der Wäschenäherinnen" war im Jahre 1890 kurz nach dem Fall des Sozialistengesetzes gegründet worden. Trotz aller Hemmnisse konnte die Zuschneider-Vereinigung Ende 1890 die Wäschenäherinnen zu einer Lohnbewegung aufmuntern, durch die es ihnen gelang, ohne ernstliche Arbeitseinstellung eine Lohnerhöhung von 2 Prozent zu erreichen. Hervorragend tätig waren damals die verstorbene Genossin Emma Ihrer sowie unsere unverwüstliche Ottilie Baader.

Der „Verein der Berliner Plätterinnen", der ebenfalls wie der der Näherinnen 1890 gegründet worden war, ließ sich bisher zu einer Verschmelzung nicht bewegen. Zudem lastete auf der Wäschebranche eine schwere Krise und Lohnkürzungen erfolgten in reichlichem Maße. Ein letzter Versuch, die Plätterinnen zum Beitritt zu veranlassen, scheiterte an deren Widerstande. Nur unter großen Schwierigkeiten gelang es, das Vereinsschiff an all den finanziellen Klippen vorbeizulenken, die den Weg versperrten. Aber es ging! Am Jahresschluß 1899 konnte der Verein bereits 228 Mitglieder und 1658 M. Kassenvermögen buchen. Eine Krankenunterstützung wurde geschaffen und trat 1900 in Kraft. Im Jahre 1900 erfolgte eine Lohnbewegung der Näherinnen und Plätterinnen der Altbranche. Dieselbe endete durch Schiedsspruchvergleich zugunsten der Arbeiterinnen. Der Streik lenkte in ungeahnter Weise die Oeffentlichkeit auf die Organisation, und alle Partei- und Gewerkschaftsblätter sowie auch die bürgerliche Presse berichteten von den Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter denen die Altplätterinnen arbeiten mußten, und die Organisation wurde als zuständige Vertretung anerkannt. Die Wirkung blieb nicht aus. Am Jahresschluß 1900 waren bereits 637 Mitglieder und 3545 M. Kassenbestand zu verzeichnen. Aus dem Lokalverband entstand die Gesamtorganisation. Mitgliederfilialen wurden in anderen Städten gegründet. Im Jahre 1904 konnte in Berlin der „Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter" ins Leben gerufen werden. Durch eine größere Lohnbewegung war es dem Verbande möglich, auf die äußerst ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesem Berufe erfolgreich einzuwirken, wobei in dankbarer Erinnerung der Frau Dr. Hofmann gedacht werden muß, die mit rührendem Opfermut und vollster Hingebung für die armen Arbeiterinnen eintrat.

Der Verband hat in den Jahren seines Bestehens eine fruchtbringende Tätigkeit entwickelt, so daß in der Festbesprechung mit gutem Recht gesagt werden konnte, die Organisation werde die schweren Wirkungen und Folgen des Krieges verwinden und weiter wachsen zu neuen Kämpfen und Erfolgen!

In einer Branchenversammlung der Maschinenschlosser hielt Peterhansel einen instruktiven Vortrag über die Reichsversicherungsordnung in ihrer jetzigen Auslegung. Unter „Branchenangelegenheiten" wurden zunächst Huhn als 1. Obmann der Branche, Albrecht als 2. Obmann, Matzeit als Schriftführer, sowie Künstler, Teifel, Radke und Knüppel als Kommissionsmitglieder gewählt. Eine Anfrage an die Leitung besagte, weshalb nicht gemäß einem früheren Versammlungsbeschluß das „Buch der Zwanzig" mit einem Referenten und einem Korreferenten auf die Tagesordnung gesetzt sei. Hahn beantwortete die Frage dahin, daß die Kommission und die Vertrauensmännerversammlung die Ausführung des Beschlusses aus besonderen Gründen für untunlich erachtet haben. — Durch stillschweigendes Hinweggehen über die Angelegenheit erkannte die Branchenversammlung jene Gründe als maßgebend an.

Von verschiedenen Seiten wurden dann eingehend Fragen der Agitation und Organisation erörtert, wozu ein Redner den Anstoß durch die Anregung gab, die gewerkschaftliche Organisation in den Kleinbetrieben der Automobilbranche zu fördern. Alle Redner waren sich darin einig, daß in der ganzen Branche der Maschinenschlosser alles getan werden müsse, um die Organisation und die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen hochzuhalten. Gerügt wurde, daß es Betriebe gibt, wo die Grundlöhne (Akkordlöhne) dieselben geblieben sind wie früher, der Verdienst aber das Doppelte des früheren erreiche. Das sei natürlich nur dadurch möglich, daß die Kollegen ihre eigene Arbeitskraft in gesundheitsschädlicher Weise ausnutzten. Nicht dadurch aber, sondern durch Erhöhung der Grundlöhne müßte der höhere Verdienst herbeigeführt werden, der zum Ausgleich der ungewöhnlichen Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse notwendig sei. — Als ein großer Mißstand wurde auch die erhebliche Spannung bezeichnet, die bei Stundenlöhnen verschiedentlich zwischen dem sogenannten Anfangslohn und der sonstigen Entlohnung bestehe. In einem Betriebe kämen sogar Anfangslöhne von 50 und 60 Pf. vor.

Die Lage in der Berliner Herrenkonfektion.

Ueber dieses Thema referierte Kunze am Sonnabend in einer sehr stark besuchten Versammlung. Er führte im wesentlichen aus: Unter Berücksichtigung der Umstände war die Lage in dieser Branche während der Kriegszeit eine erträgliche. Die Zivilarbeit, untermischt mit Militärbeit, war zeitweise flott. In der letzten Zeit wurde es jedoch knapper damit. Besonders scharf eingewirkt hat die Verordnung für die Betriebe, die mit elektrischen Maschinen arbeiten. Das Verbot hat bewirkt, daß die Betriebe einfach geschlossen werden. Die Schutzbestimmung, daß den Arbeitern der volle Arbeitslohn zukommen soll, hat also nichts genutzt. Insbesondere war es die Firma Peek u. Cloppenburg, die ihren Betrieb sofort schloß, nachdem auch die Stoffe beschlagnahmt wurden. Vor einiger Zeit wurde von den Arbeitgebern gefordert, daß sie eine Teuerungszulage geben sollten, der Arbeitgeberverband hat das jedoch abgelehnt, während sie in einigen anderen Orten bereits bewilligt ist. Die Berliner Arbeitgeber hatten beschlossen, eine Aufbesserung der Löhne dadurch herbeizuführen, daß die Arbeit nur noch in höheren Preislagen (Serien) hergestellt werde. Auch hier haben einzelne Firmen den Beschluß nicht befolgt, in erster Linie die Firma Stier, so daß die Arbeiter sich in der letzten Zeit beschwert haben, indem ihnen Arbeiten in billiger Preislage angeboten werden. Unlängst brachte das „Berliner Tageblatt" eine Notiz, worin gesagt wurde, daß die Löhne in der Berliner Konfektion gestiegen seien. Diese Behauptung wird aber durch die Tatsachen widerlegt. Allenfalls werden die Löhne aus der Friedenszeit erreicht. Eine Rücksichtnahme von seiten der Arbeitgeber auf die teuren Lebensbedingungen ist nicht festzustellen.

Das mindeste wäre doch, daß die Arbeitgeber den Beschluß, nur in höheren Preislagen arbeiten zu lassen, durchführten. Da durch die Anordnung betreffend die elektrischen Maschinen, sowie durch die Stoffbeschlagnahme eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten ist, wäre zu wünschen, daß die Bekleidungsämter größere Aufträge an Privatbetriebe herausgäben, und soweit wie möglich, die Eigenproduktion einschränkten. Soweit auch durch diese Maßnahme eine volle Arbeitszeit nicht gewährleistet werden kann, wird es notwendig werden, die vorhandene Arbeit zu kontingentieren und die Löhne derartig zu erhöhen, daß auch bei geringerer Arbeitszeit ein angemessener Lohn wie bei voller Beschäftigung erzielt wird.

Mit einem Sinken der Lebensmittel- und Gebrauchsartikelpreise ist, auch wenn der Krieg bald enden sollte, vorläufig nicht zu rechnen. Die Lohnverhältnisse der Herrenkonfektionsschneider sind aber nicht günstig. Darum gilt es, die Organisation zu stärken, die auch, wie es sich gezeigt hat, im Kriege die Interessen ihrer Mitglieder vertreten kann. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners bestätigt und ergänzt. Es wurde ferner geklagt, daß zum Teil die Firmen niedrigere Serien anbieten. Auch legten die Redner Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß ihre Löhne gestiegen seien. Das Gegenteil sei der Fall.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung im Waldenburger Grubenrevier.

Zu einer vorübergehenden Arbeitseinstellung kam es am Donnerstag auf dem Matzrauschacht in Gottesberg i. Schl. Die Löhne hielten nicht mehr im entferntesten mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen gleichen Schritt, infolgedessen verlangten die Arbeiter durch ihre Vertrauensleute von der Grubenverwaltung eine Erhöhung derselben. Nach Verhandlungen erklärte sich die Grubenverwaltung bereit, die Zimmer- und Schichtlöhne sofort um 20 Pf. pro Schicht zu erhöhen. Weiter will die Bergbehörde sich dafür verwenden, daß die Preissteigerungen für alle Lebens- und Gebrauchsmittel zum Stillstand kommen. Die Arbeiter verlangten darauf eine bestimmte Zusage über die Art der Steigerung der Löhne. Diese versprach die Verwaltung in acht Tagen zu geben, womit sich die Arbeiter einverstanden erklärten und wieder einfuhren.

Aus der Partei.

Frauenagitation.

In gleicher Weise wie unsere österreichische Bruderpartei veranstaltet die deutsche in der Zeit vom 12.—26. März überall im Reiche Versammlungen für Frauen und Männer, in der die wichtigen Fragen der Erwerbsarbeit und der Staatsbürgerrechte der Frauen, in Verbindung mit der großen Bedeutung der Arbeiterorganisation und der Presse erörtert werden sollen.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Die Delegiertenversammlung des dritten Hamburger Wahlkreises beendete am Sonntag die Diskussion, die sich mit dem Bericht des Abgeordneten, Genossen Heinrich Stubbe, beschäftigte. Von den zwei Versammlungen fand die erste bereits im November statt. Von mehreren Rednern wurde Stubbes Stellung, der in der Fraktion gegen die Kredite stimmte, im Plenum aber dafür, als inkonsequent kritisiert. Auf die scharfe Kritik an der Fraktionsmehrheit entgegnete Stubbe im Schlußwort, daß er dafür nicht verantwortlich sei, wie er auch keine Veranlassung habe, für die Haltung des „Hamburger Echo" einzutreten. Die Disziplin müsse aber gewahrt werden. Wie es bei wirtschaftlichen Kämpfen nicht ohne straffe Disziplin gehe, so auch nicht in der Partei. Von diesem Gesichtspunkt müsse er auch den Aufruf der Genossen Haase, Kautsky und Bernstein verurteilen. Gegensätze sollten wir in unseren Reihen austragen. Er habe die Ueberzeugung, daß in nicht zu ferner Zeit aus der Minderheit die Mehrheit werde. Wer jetzt disziplinlos handele, könne dann nicht von der Minderheit Disziplin erwarten. In dieser Stellung bestärke ihn die Tatsache, daß die Richtung Kolb, Heine usw. bekanntlich seit Jahren darauf warte, volle Handlungsfreiheit zu bekommen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Zu Beginn der Versammlung war ein Antrag, in einer demnächst einzuberufenden Versammlung einen Vertreter der Minderheit der Zwanzig neben einem Mehrheitsvertreter zu hören, mit 118 gegen 89 Stimmen abgelehnt worden.

•

Eine Kreiskonferenz des 23. sächsischen Wahlkreises (Plauen), die von 75 Vertretern besucht war, nahm Stellung zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion. Gegen 14 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, wonach sich die Konferenz zu der Politik des 4. August 1914 bekennt, angesichts ..... aber die Ablehnung aller weiteren Kriegskredite fordert.

Der Vertreter des Kreises im Reichstage ist Genosse Jäckel, der sich bei der Kreditabstimmung am 21. Dezember außerhalb des Sitzungssaales befand.

Etwas ganz Besonderes für 4 ₰

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Haben Sie **Fußbeschwerden?**
empfehle nach Maß passend gearbeitete **Stützeinlagen** sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützkorsetts usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert **Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen** sowie **Einzelmöbel** gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten **H. 2** an die Expedition des „Vorwärts".
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Bouillon Würfel
Vollkräftige Qualität. 100 Stück M 2,-, 200 St. 4,35 frk., 1000 St. 15,50 frk.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Sind's die Augen, Geh' zu Ruhnke!

Machen Sie sich frei von Vorurteilen!

Viele Leute glauben, sobald sie erst mal anfangen, Augengläser zu tragen, „verwöhnen" sich ihre Augen so sehr, daß sie immer schwächer werden und sie dann immer stärkere Gläser bedürfen, bis es überhaupt keine „schärferen" mehr gibt. Darum sträuben sich so viele gegen die ersten Augengläser oder gegen stärkere Nummern solange wie möglich.

Dies ist falsch. Mit zunehmendem Alter verhärtet sich die Augenlinse genau so wie die Knochen härter und die Gliedern steifer werden. Ob Sie Gläser tragen oder nicht, diese Verhärtung schreitet fort, unaufhaltsam von Jahr zu Jahr, gesetzmäßig, einer Steuer gleich, die das Alter von Ihnen fordert. Schon im 8—10 Lebensjahre beginnt, noch unmerklich, in der Linse eine Kernbildung, die bei normalen Augen zwischen dem 40. und 50. Jahre unangenehm störend wird, weil dadurch das Nahsehen erschwert wird. Nur geht die Verhärtung nicht bis ins Unendliche weiter, sondern kommt meist schon zwischen 60—70 Jahren zum Stillstand, weil dann die ganze Linse hart und fest geworden ist. Der gesamte bemerkbare Verlust beträgt überhaupt nur 3—4 Dioptrien für das Nahsehen.

Der Weitsichtige hat den Vorteil

auch im Alter noch gut in die Ferne sehen zu können. Nur Uebersichtige bemerken oft erst wenn sie älter werden, daß auch sie für das Weitsehen Gläser tragen müssen. Diese waren in der Tat schon immer nötig, nur wurde das „übersehen", weil die Augen in jungen Jahren sich ohne Anstrengung einstellen konnten.

Also die Augen verändern sich gesetzmäßig mit den Jahren, ganz gleich, ob Sie Gläser tragen oder nicht. Wenn Sie aber keine tragen, müssen Sie auf genaues Sehen verzichten und noch allerlei Beschwerden mit in Kauf nehmen, die von der vergeblichen Anstrengung, gut sehen zu wollen, herrühren, wie rasches Ermüden, Druck in den Augen, Kopfschmerzen oder auch Uebelkeit, Schwindelanfälle, vor allem Nervosität. Wenn Sie diese Folgen vermeiden und doch genau sehen wollen, so machen Sie sich von Vorurteilen frei und tragen Sie passende Gläser.

Kommen Sie bald zu uns, die Augenuntersuchung ist kostenlos, wir garantieren Ihnen Zufriedenheit.

Optiker Ruhnke, Berlin.

Leipziger Str. 118, Ecke Mauer-Str.
Tauentzien-Str. 15, E. Marburger Str.
Friedrich-Str 150, E. Dorotheen-Str.
„ 180, Ecke Lauden-Str.
Alexanderplatz n. Aschinger
Oranien-Str. 44
Chaussee-Str 72
Link-Str. 1, E. Potsdamer Str.
Invaliden-Str. 164, E. Brunnen-Str.
Spittelmarkt, Ecke Wall-Str.
Friedenau, Rhein-Str. 18, gegenüb. Kaiser-Allee, E. Kirch-Str.

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung. Montag, den 21. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt bei der Besprechung der Fragen:

Handel und Geldverkehr.

Abg. Hue (Soz.):

Der Händler, der Kaufmann, ist bekanntlich seit altersher ein Kulturpionier gewesen, ein Bahnbrecher des Völkerverständigung, manchmal allerdings auch den Frieden der Völker störender Konquistador. Es ist auch viel vom freien Handel gesprochen worden. In der Tat aber sind heute große Schichten des Händlertums nichts anderes mehr als Verschleißer der Waren von großen Produzentenkonzernen. Zum Beispiel die Kohlenhändler sind eigentlich nichts anderes mehr als Agenten von Großhändlern und Kartellen. Aehnlich liegt es mit den Gastwirten. Die meisten kleineren und mittleren Gastwirte Groß-Berlins sind lediglich Agenten von Großbrauereien, wie man hier sagt, Zapfer von Patzenhofer. Aus diesen Gründen können wir auch nicht für den Antrag Porsch stimmen, der die Vertretung von Kleinhändlern in den Preisprüfungsstellen verlangt. Es besteht die Gefahr, daß wir dann doch nichts anderes als Agenten der großen Produzenten und Großhändler in die Preisprüfungsstellen bekommen. Dagegen würde ich es befürworten, daß zu den Preisprüfungsstellen Vertreter der Arbeiter- und Beamtengenossenschaften hinzugezogen würden.

Wo fängt der reguläre Handel an und wo hört er auf, wo beginnt der parasitäre Handel? Ich führte am Freitag das Beispiel des Kohlenhandels an, mit dem ungeheuren Unterschied zwischen den Syndikatsrichtpreisen und den Verkaufspreisen. Wer sind die Interessenten, die an dieser Verteuerung profitieren, ist es notwendig, daß diese Zwischenstationen erhalten bleiben, liegt hier nicht eine Vergeudung volkswirtschaftlicher Kräfte vor, die wir nicht nur in dieser Zeit, sondern auch in Zukunft ausschalten müssen, selbstverständlich so schmerzlos wie möglich für die beteiligten Kreise, immer geleitet von dem Gesichtspunkt rationeller Wirtschaft? Dieselben Unterschiede zwischen Produzenten- und Verkaufspreis nehmen wir ja auch wahr bei den Kartoffeln und vor allem auch beim Vieh und Fleisch. Es zeigen sich hier wahrhaft unhaltbare Zustände. Ich will Ihnen natürlich hier keine Sonntags-Nachmittagspredigt à la Abraham a St. Clara halten. Aber Tatsache ist, daß das Grundübel unserer Kultur darin liegt, daß nur derjenige Ansehen genießt, der möglichst viel Geld zusammenzubringen verstanden hat. Die Maßnahmen zur Preisregulierung nach unten, zur Versorgung des Volkes mit den notwendigen Lebensmitteln sind noch lange nicht weit genug gegangen. Ob man sie

Staatssozialismus,

Kriegssozialismus oder Militarisierung der Volkswirtschaft nennt, ist gleich. Das Leitmotiv ist die Unterdrückung der privatwirtschaftlichen Gewinnsucht im Interesse des Gesamtwohls und dies Leitmotiv begrüßen gerade wir vom sozialistischen Standpunkt aus.

Den Produzenten- und Händlerkreisen gehen diese Maßnahmen natürlich schon viel zu weit. Ihnen wird etwas schwummrig, wenn sie daran denken, welche Konsequenzen das Volk aus diesen kriegssozialistischen Maßnahmen später ziehen wird. Hat sich doch dadurch gezeigt, daß, wenn die Interessen des Gemeinwohls am höchsten in Gefahr sind, nur sozialistische Maßnahmen dem Volke Rettung bringen können. Das ist ein Triumph des sozialistischen Gedankens, der sich hoffentlich nicht nur auf die Kriegszeit beschränken, sondern in erweitertem, vertieftem Sinne auch übertragen wird auf die Zeit nach dem Kriege. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern im Interesse des Handels ferner Verbesserung der Verkehrsmittel, Ausbau der Wasserstraßen. Die preußische Politik in der Frage der Schiffahrtsabgaben vor dem Kriege hat z. B. in Holland sehr viel böses Blut gemacht. Wir fordern Ausschaltung volkswirtschaftlich überflüssiger, lediglich verteuernder Stationen des Handelsverkehrs. Wir fordern Beseitigung privatkapitalistischer Handelsmonopole. Wenn schon Monopole sein sollen, dann staatliche — und andererseits Förderung der genossenschaftlichen Bestrebungen. Dem Antrage, der die Feststellung von Höchstpreisen möglichst gleichzeitig für Großhandel und Kleinhandel wünscht, stimmen wir zu. Der Vorschlag, den wir vor einigen Tagen gehört haben, der Staat solle sich bemühen um die Errichtung einer Rohstoffeinkaufsstelle, damit nach dem Kriege nicht sich wenige Große vorher mit Rohstoffen eindecken und die Kleinen leer ausgehen, ist staatssozialistischer Art, wenn er auch von einer uns fernstehenden Seite ausgeht.

Die Ausfuhr- und Einfuhrziffern lehren, wie eng unsere Volkswirtschaft verknüpft ist mit der großen Weltwirtschaft. Der Schluß allerdings, daß der Volksreichtum umso größer sei, je höher die Ausfuhrziffern seien, ist irreführend. Rußland und Venezuela zum Beispiel führen viel mehr Waren aus als ein, und man wird nicht behaupten können, daß dies besonders reiche Länder seien im Gegensatz zu England, dessen Einfuhr größer ist als die Ausfuhr. Solange England eine aktive Handelsbilanz hatte, bis ungefähr 1852, war die Ausbeutung der Arbeiterschaft und das Volkselend in England viel größer als später bei der passiven Warenbilanz. Man sollte daher nicht den Hauptwert auf die Ausfuhr legen. Eine forcierte Ausfuhr kann einhergehen mit Verarmung des Volkes. Auch wir sehen deshalb in der Stärkung des Inlandsmarktes, in der Erhöhung der Konsumkraft der inländischen Bevölkerung eine wesentliche Vorbedingung für eine gesunde Volkswirtschaft. Insbesondere kann die Ausfuhr von Rohstoffen und Halbzeug die Konkurrenzfähigkeit des Auslandes stärken. Uns kann es nur erwünscht sein, wenn unsere Rohstoffe soweit wie möglich im Inlande verarbeitet werden und wir das Ausland mit unseren vorzüglichen Fertigfabrikaten versorgen. Es fragt sich, ob wir nicht in Deutschland den Industrialismus schon überschritten haben. Ich glaube, daß wir schon ein gewisses Manko in der agrarischen Produktion haben. Den Anträgen der Kommission auf Erleichterung der Einfuhr sowie der Ausfuhr nach dem neutralen Ausland und vor allem auf die nötigen Vorbereitungen, Wiederbelebung des deutschen Handels nach dem Kriege, stimmen wir zu.

Am Sonnabend sind sehr scharfe Anklagen gegen gewisse handelspolitische Maßnahmen des feindlichen Auslandes gefallen, deren Berechtigung ich leider nicht bestreiten kann, wenn ich auch nicht dieselben Schlußfolgerungen ziehe, über die wir ja hier nicht sprechen sollen. Wir haben von allerhand Maßnahmen gehört, die den Schluß nahelegen, daß bestimmte Kreise im Ausland den Handelskrieg gegen uns auch nach diesem Kriege weiterführen wollen. Ein ehrlicher Männerkampf ist schließlich noch zu ertragen, was aber hier angedroht wird, ist nichts als Piraterie. Da man mit solchen Maßnahmen nicht nur das gewerbliche Unternehmertum bei uns trifft, sondern auch die ungeheure Masse der Kleingewerbetreibenden und Arbeiter, können solche Maßnahmen nur die Solidarität der Volksgenossen bei uns im Lande stärken. Welche Kreise sind es denn, die im Auslande hinter solchen Drohungen stehen? Das sind in England die Cityleute, die Kreise, die von den „Times", „Daily News", „Daily Mail" usw. vertreten werden, in Frankreich die Kreise, deren Interessen der „Matin" und ähnliche Blätter vertreten. Die großkapitalistischen Kreise, die die hohe Politik ausnutzen, um ihr Geschäft zu betreiben. Da ist es sehr interessant, daß der englische Handelsminister, der besonders scharf den Handelskrieg gegen uns angekündigt hat, Mitglied einer großen Reederfamilie ist, der Vater ist Inhaber einer großen Schiffahrtsgesellschaft, die ein Bombengeschäft macht durch Vermietung ihrer Schiffe für italienische Transporte, der Art, daß ein Schiff, das nach englischen Angaben ungefähr 100 000 Pfund wert ist, zum Preise von 1 Million Pfund für die Dauer des Krieges verpachtet worden ist. (Hört! hört!) Da kann man verstehen, warum solche Leute den Handelskrieg verewigen wollen. Die ungeheuer hohen Preise, die für englische Kohlen in Italien genommen werden, sind durch Erhöhung der Löhne der englischen Bergarbeiter keineswegs bedingt. Diese Lohnerhöhungen haben während des Krieges nicht den zehnten Teil der Kohlenpreissteigerung ausgemacht. Soweit kenne ich die Führer der englischen Arbeiterschaft, um zu wissen, daß auch sie erkannt haben, daß nicht durch einen

internationalen Handelskrieg

die Interessen der englischen Arbeiterschaft gefördert werden, sondern daß auch diese am besten gewahrt sind durch baldigste Wiederaufnahme des internationalen Waren- und Geldverkehrs. Ich bin kein Schwarzseher hinsichtlich der Wiederaufnahme dieses internationalen Handelsverkehrs. Da spielen praktisch gar nicht abweisbare Bedürfnisse die Hauptrolle. Schwarz sehe ich nur in bezug auf die Frage, ob nicht eine zu lange Dauer des Krieges die Konsumkraft der Völker so schwächen wird, daß die überquellende Produktion nicht mehr den notwendigen Markt findet. Der englische Handelsminister ist nicht das englische Volk. Gerade gegen ihn und die Kreise um ihn hat die englische Arbeiterschaft, unsere organisierten Kameraden in England, schon die erbittertsten Kämpfe führen müssen. In der letzten Nummer des „Grenzboten" sind einige Aeußerungen englischer Gelehrter veröffentlicht, die eine geradezu überraschend hohe Anerkennung der deutschen Leistungen und des deutschen Wesens bedeuten. Solche Stimmen aus dem Dunkel des Krieges sollten wir wohl beachten. Der Krieg kann ja nur ein Ausnahmezustand sein, dessen rascheste Beendigung im Interesse aller Völker liegt.

Einige Worte über unser

handelspolitisches Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn.

Anfang dieses Monats hat in Berlin eine Zusammenkunft österreichischer und deutscher sozialistischer Parlamentarier stattgefunden, die eine sehr interessante Aussprache über die Gestaltung der zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland brachte. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine engere Verbrüderung auch in handelspolitischer Hinsicht zwischen diesen beiden Staaten notwendig und anzustreben ist. Welche Schwierigkeiten dem gegenüberstehen, hat ja auch der Minister am Sonnabend angedeutet. Unser Ziel als Sozialisten geht dahin, ein möglichst großes einheitliches Wirtschaftsgebiet zu erstreben. Wenn das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet, für das Naumann eintritt, auch die Balkanstaaten und die Türkei umfassen sollte, so wird natürlich die Schwierigkeit des Zustandekommens eines solchen handelspolitischen Bündnisses vergrößert, aber darum wird es nicht weniger erstrebenswert. Allerdings müssen wir sagen, daß die Bestrebungen in Deutschland auf Einführung eines möglichst lückenlosen Zolltarifs uns jetzt bei den Neuregelungen der Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn die allergrößten Schwierigkeiten machen. (Sehr richtig! links.) Die Worte des Handelsministers, daß wir auf keinen Fall bei dem Gedanken an ein solches handelspolitisches Bündnis den Gesichtspunkt aus dem Auge verlieren dürfen, daß der deutsche Handel auf den Weltmarkt angewiesen ist, wird jeder weitsichtig und ruhig urteilende Volkswirt unterschreiben müssen. Kamen doch 1913 43 Proz. unserer gesamten Einfuhr aus den uns jetzt feindlichen Ländern und fast 50 Proz. unserer Ausfuhr ging nach Großbritannien, Italien, Frankreich und Rußland. Namentlich England war unser bester Kunde, ebenso wie wir sein bester Kunde waren. Ich spreche durchaus im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, wenn ich dem Wunsche Ausdruck gebe, daß die internationalen Handelsbeziehungen auch mit den uns jetzt feindlichen Ländern nach dem Kriege so rasch wie möglich wieder aufgenommen werden mögen. (Bravo! b. d. Soz.) Wir haben unsere Interessen würdig, aber auch vorausschauend zu vertreten. Deutschland ist kein geschlossener Handelsstaat mehr und aus dem Worte „Unser Feld ist die Welt" müssen die unabweisbaren Schlußfolgerungen gezogen werden. Wir dürfen keine überchauvinistische Absperrungspolitik treiben. Hierin ist England vorbildlich; das sind Weltbürger im eminentesten Sinne des Wortes, ihre Unternehmungen sind nicht nur länder-, sondern zum Teil weltumspannend. In wie großem Umfange

die Kapitalisten international organisiert

waren, erfahren wir jetzt erst recht. Wir sehen jetzt, daß große Werke, die wir bisher als rein deutsch betrachtet haben, zum großen Teil in den Händen von Ausländern sind. Wir haben internationale Werkskonzerne, internationale Transportunternehmungen, Bankunternehmungen, internationale Syndikate in der Montan-, in der Glasindustrie usw. Also nur keine übernationalistische Verknöcherung. Es ist ein großer Fehler, wenn man jetzt nicht einmal mehr in der Schule sagen lassen will, daß wir als weltwirtschaftliches Volk keine verknöcherten Chauvinisten sein dürfen. Wir Sozialisten haben seit jeher die internationalen Beziehungen gepflegt, man hat uns deshalb als Landesverräter zu bezeichnen gesucht. Heute zeigt sich, daß die Arbeiterschaft in allen Ländern zur Vaterlandsverteidigung bereit war. Aus dieser Erfahrung sollte man den Schluß ziehen, die internationalen Beziehungen der Arbeiter nicht aus dem Gesichtswinkel eines überlebten Chauvinismus zu betrachten, sondern aus dem Gesichtswinkel, daß jede Bestrebung zur Verständigung der Völker im Interesse der Kultur, im Interesse der Menschheit liegt. Unsere ganzen internationalen Bestrebungen haben nie und nimmer dazu führen sollen, das eigene Vaterland in der Not im Stich zu lassen. Wir haben immer neben den rein wirtschaftlichen Zielen auch das rein menschliche Ziel der Verständigung der Völker dabei im Auge gehabt. Die Unterstützung der internationalen

Verständigungsbestrebungen der Arbeiterschaft

halte ich für eine durchaus nationale Tat. Ich schließe mit einem Wort, das der preußische Handelsminister Sydow vor etwa sechs Jahren, am 21. Juni 1910, auf dem Internationalen Kongreß der Bergwerks- und Hüttenbesitzer in Düsseldorf gesprochen: „Ich bin der Letzte, der einem weichherzigen Internationalismus das Wort reden möchte. Die erste der Männertugenden ist immer die Liebe zum eigenen Vaterlande, und trotzdem wollen wir uns freuen, daß wir Kulturideen vertreten, die alle Kulturstaaten mit uns gemeinsam haben. Wir wollen uns freuen, daß unsere Kultur mit der Kultur anderer Länder, England und Amerika, auf gemeinsame Berührungspunkte kommen. Wir wollen auch nicht vergessen, daß jedes Volk seine Vorzüge besitzt, und wollen uns bemühen, dem Guten bei dem anderen Völkern nachzueifern. Die Voraussetzung ist, daß der Friede der Welt gewahrt bleibt. Mag man durch Verträge und durch Schiedsgerichtsverhandlungen den Frieden sichern, wir wollen nicht vergessen, daß wichtiger die gemeinsame Kulturarbeit ist." Das sind Worte, von denen wir nur wünschen können, daß sie recht bald in allen Sprachen gesprochen und mit vollem Verständnis aufgenommen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.):

Die Ausfuhr müssen wir nach Möglichkeit verstärken. Dann können wir auch einführen, ohne eine weitere Verschlechterung unserer Valuta befürchten zu müssen. Liefern wir nicht nach dem Ausland, dann liefern unsere Feinde und zwar nur gegen langfristige Verträge. Wir müssen alles tun, um den Handelskrieg gegen England durchzuführen. Wenn wir das tun können mit einer geschlossenen Phalanx von Mitteleuropa, so wäre das hocherfreulich. Aber dies Problem kann nicht nach Art Naumannscher Stimmungsbilder (Sehr richtig! rechts), sondern nur mit großer Vorsicht und Nüchternheit gelöst werden. Natürlich muß die Verständigung bei Friedensschluß erfolgen. Es wird zu prüfen sein, ob der Verzicht auf Kriegsentschädigung nicht vorzuziehen wäre einem Verzicht auf weitgehende Sicherungen für unseren Handel. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Resolutionen der Kommission und der Antrag des Zentrums auf Berücksichtigung des Kleinhandels in den Preisprüfungsstellen wird angenommen.

Es folgt die Besprechung über die

Lage des Handwerks.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Bönisch (S.) beantragt, daß die kriegsverletzten Handwerker tunlichst der produktiven Tätigkeit erhalten bleiben sollen, daß schon während des Krieges für genügenden Lehrlingsersatz gesorgt, die Gründung von Lieferungsverbänden im Handwerk gefördert, bei Vergebung öffentlicher Arbeiten das Handwerk mehr berücksichtigt und die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit zur Wiedereröffnung der stillgelegten Handwerksbetriebe erstrebt werden soll.

Ein Antrag Porsch (S.)

will die Fürsorge für kriegsbeschädigte Handwerker ausdehnen auf andere Mitglieder des Gewerbestandes, ein Antrag Braun (Soz.) auch auf die Arbeiter.

Handelsminister Sydow:

Die Regierung stimmt den vorliegenden Anträgen zu. Es sind bereits in sieben Provinzen unter Gewährung erheblicher Zuschüsse Hilfskassen gegründet zur Unterstützung selbständiger Handwerker. Die Berufsberatung kriegsverletzter Handwerker beginnt bereits in den Lazaretten. Die Kriegsinvaliden sollen möglichst in ihrer Heimat und in ihrem früheren Beruf angestellt werden. Für die Schwerverletzten sind besondere Kurse für Feinmechanik eingerichtet worden. Die Lehrlingsfrage ist schwer zu lösen, denn es fehlt an Ausbildungskräften und dann verdienen die jungen Leute jetzt anderswo soviel, daß sie aus der Lehre vielfach weglaufen.

Abg. Hammer (k.):

Einzelnen Handwerkerzweigen ging und geht es gewiß gut, aber andere Zweige liegen stark danieder. Die Leistungen der Handwerkerfrauen, die an die Stelle der eingezogenen Männer traten, verdienen höchstes Lob. (Beifall.) Die Mißstimmung gegen die Bäcker und Fleischer vor allem bei vielen Frauen ist nicht berechtigt, denn die Fleischer befinden sich in den Händen der Viehkommissionäre und sind den Höchstpreisen unterworfen, die Bäcker backen aber doch noch immer ein recht schmackhaftes Brot. Die Lehrlingsausbildung sollte durch Staatsbeihilfe gefördert werden. Der Redner erklärt sich namens seiner Freunde mit den Anträgen Dr. Porsch (Z.) und Braun einverstanden.

Die Abgg. Dr. Grunenberg (Z.) und Fürbringer (natl.) erklären gleichfalls ihre Zustimmung zu den Anträgen Porsch und Braun.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Schluß nach 5 Uhr.

„Gegen die Verwilderung der Jugend"!

In der „Allgemeinen Rundschau", Monatsschrift für Politik und Kultur, veröffentlicht Joseph Weber, Chefredakteur, einen Aufsatz über dieses Problem, den man ob seiner Eigenart einer breiteren Oeffentlichkeit nicht vorenthalten soll.

Der Verfasser geht von den altbekannten, bedauerlichen Erscheinungen aus: Kino, Rauchen, Alkoholismus. Dazu komme ein beträchtlicher Mangel an Autoritätsgefühl. Woran es hauptsächlich fehlt, meint er, ist der Mut der Erwachsenen gegenüber den Jugendlichen. Man fürchte von der Jugend verlacht, ja insultiert zu werden, und diese ziehe „mit unheimlicher Logik" die Konsequenz aus dieser Tatsache, indem sie vor allem den Umstand, daß man heute die jugendlichen Arbeitskräfte benötige, mißbrauche. „Daß auch die Jugendwehrbewegung dem Uebel nicht abhelfen kann, zeigt die Erfahrung! Die ganze Bewußtseinslage unserer Jugend sei eine solche, daß sie sich nur einem Zwange füge, hinter dem auch die Macht stehe, um dem Zwang nachdrückliche Durchführung zu verschaffen. Für den Augenblick handle es sich um rasches Zugreifen, wenn das Uebel nicht weiter wuchern solle. „Und dafür brauchen wir drastische Mittel. Die Kriegszeit ist nicht dazu angetan, mit Zuckerbrotpädagogik einzugreifen. Das Gebot der Zeit ist auch für die Jugend militärisch straffe Ein- und Unterordnung." Vom 17. Lebensjahr an stehe die Jugend ohnehin unter Militärgesetz; sollte es nicht möglich sein, die noch nicht eingezogene Jugend dieses Alters unter militärische Kontrolle zu stellen? Er denke sich die Sache so:

Die Generalkommandos erlassen eine Verfügung über das Verhalten der Jugendlichen in der Oeffentlichkeit und ihre disziplinären Verpflichtungen gegenüber den Lehrherren, Arbeitgebern und den Amtspersonen, welche gegenüber der Oeffentlichkeit die Sicherheit, Ruhe und Ordnung zu vertreten haben. Die tatsächliche Ueberwachung der Verordnungen, auf welcher der Erfolg einzig und allein beruht, darf nicht mehr dem freien Ermessen der Eltern, Lehrherren und sonstigen Interessenten überlassen bleiben, sondern muß gleichfalls militärisch organisiert werden, denn der Idealismus freiwilligen Eintretens für jugendliche Disziplinierung wird nicht mehr geschätzt. Das ist der springende Punkt und erreichbar. Dadurch wird das Odium, das freiwillige Leistung zu gewärtigen hat, auf die Militärbehörde abgewälzt. An jedem Orte gibt es garnisondienstfähige Leute, die das Geschick hätten, mit der Jugend umzugehen. Nur muß ihnen ein gewisses Polizeirecht eingeräumt werden. Es wäre nun eine Art militärischer Dienstleistung, wenn eine Anzahl solcher garnisonsverwendungsfähiger Leute an ihrem Wohnorte durch militärische Aufforderung verpflichtet würden, nach genau geregelter Dienstanweisung für einige Stunden des Tages — im Turnus — sich der Durchführung der Ueberwachung oben erwähnter Verordnungen zu widmen und über diese Dienstleistung Bericht an die Militärbehörde des nächsten Bezirkskommandos zu erstatten. Die Jugendlichen des Ortes unterstehen hinsichtlich der vom Generalkommando erlassenen Bestimmungen diesen militärischen Vertrauensmännern; letztere wären während des Dienstes kenntlich zu machen. Klagen über die Jugend von seiten der Einwohnerschaft, der Eltern, Lehrherren oder Geschäftsinhaber wären an die Vertrauensleute zu richten und von diesen nach militärischerseits festzulegenden Normen zu behandeln. Jugendliche, welche sich zu Hause oder in den Geschäften nicht fügen wollen, müßten gewärtigen, daß sie unter Umständen auf Bericht der militärischen Vertrauensleute von der Militärbehörde eingezogen werden können und in der Kaserne Strafdienste leisten müssen — etwa in eigenen Jugendabteilungen. Daß diese Strafleistungen nicht eben zu leicht gemacht würden, wäre Voraussetzung. Auch Geldbußen würden gute Wirkung tun, zumal da viele Jugendliche viel Geld verdienen, ohne es noch zu verstehen, mit dem Gelde umzugehen. Durch Anlage einer Führungsliste, die dem Militär von Zeit zu Zeit eingereicht werden müßte und für die seitens der Eltern, Lehrherren und Geschäftsinhaber Anträge in Vorschlag gebracht werden könnten, würde den Jugendlichen heilsamer Respekt beigebracht werden. Nur auf solchen reagieren sie noch mit Unterordnung. Ein Polizeistundenerlaß für die Jugendlichen hätte nur dann Aussicht auf Wirkung, wenn die militärischen Vertrauensleute am Ort

die Jugend stramm zur festgesetzten Stunde zum Appell antreten lassen oder in den Wohnungen kontrollieren können und Säumige zur Rechenschaft ziehen dürfen. Auch Sonntags, der am meisten Schwierigkeiten macht wegen der vielen freien Stunden, die viele Jugendlichen erfahrungsgemäß ohne Leitung nicht vernünftig anzuwenden wissen, wäre ein wiederholter Appell angebracht.

Jugendliche, die einem von den Behörden anerkannten Jugendverein angehören, der für die Disziplinierung Garantie gibt, könnten von solcher Meldepflicht befreit werden. Dadurch würde diesen Vereinen wieder mehr Beachtung errungen und für tüchtigere Jugendliche wäre das Unangenehme des militärischen Zwanges vermeidbar. In großen Städten gibt es ohnehin die Distriktseinteilung. Nach dem gleichen Einteilungsprinzip könnte dieser militärische Ordnungsdienst geregelt werden. Gelingt es uns, auf diesem Wege die ältere Jugend zu disziplinieren, so wird die heilsame Rückwirkung auf die jüngeren Jahrgänge nicht ausbleiben. Die Lehrerschaft wird dann auch lieber und mit mehr Aussicht auf Erfolg der Schuljugend mit strengeren Forderungen gegenübertreten können.

Der Verfasser schließt: „Zum mindesten wäre mein Vorschlag einer Diskussion wert, um für diese wichtige Frage eine Lösung zu finden."

Auch wir halten eine Diskussion über diese Frage für sehr notwendig. (z)

Eine Räubergeschichte.

Die „Vossische Zeitung" bringt nach der J. K. im Beiblatt ihrer Nummer 90 vom 18. Februar 1916 die nachstehende Geschichte:

Die Scharfrichter ihres eigenen Genossen.

Ein Sittenbild aus Wild-West.

Eine groteske, kaum glaubliche, aber doch wahre Geschichte aus dem Leben des amerikanischen Syndikalismus wird in der von dem Reichstagsabgeordneten Legien ins Leben gerufenen „Internationalen Korrespondenz" wie folgt erzählt:

„Im September 1915 wurde in Salt Lake City, im Staate Utah (Vereinigte Staaten von Amerika) der Syndikalist Joe Hill (Hillstrom), der auch revolutionäre Lieder dichtete und vertonte, wegen angeblichen Mordes, begangen an seiner Geliebten, angeklagt und verurteilt. Da Utah keinen ständigen Scharfrichter hat, so erließ der Staat ein Inserat, in dem fünf Personen gesucht wurden, die bereit wären, an einem bestimmten Termin den Joe Hill durch Erschießen zu töten für eine Scharfrichtergebühr von je 50 Dollar pro Mann, also zusammen 250 Dollar.

Die Syndikalisten von Toledo, im Staate Ohio, die, wie Joe Hill, auch zur Organisation der Industrial Workers of the World (I. W. W.) gehören, kamen Ende Oktober zu einer Beratung zusammen, die hauptsächlich finanzielle Fragen zum Gegenstande hatte. In der Kasse herrschte eine Ebbe, die das revolutionär-syndikalistische Schifflein auf den Sand setzte. Rat war teuer und Hilfe dringend. Da zog einer der Kollegen eine in Utah erscheinende Zeitung aus der Tasche und zeigte, wie leicht es wäre, 250 Dollar zu verdienen und sie in den Dienst der syndikalistischen Agitation zu stellen. Gesagt, getan. Die Syndikalisten von Toledo, Zweigverein 86, stimmten über die Angelegenheit ab und beschlossen einstimmig, fünf Genossen durch das Los zu ermächtigen, sich auf das Inserat zu melden und ihre Scharfrichterdienste gegen ihren Genossen Joe Hill dem Staate Utah anzubieten. Die Sekretärin Josefine Bates berichtet hierüber auf ihre Weise in der „News-Bee", der Tageszeitung von Toledo, vom 30. Oktober 1915:

„Eine einzigartige Versammlung hat gestern in der I. W. W.-Organisation von Toledo stattgefunden. Der Prozeß Joe Hill (Hillstrom) stand auf der Tagesordnung. Man wird sich erinnern, daß Hill in Salt Lake City des Mordes überführt und zum Tode durch Erschießen verurteilt wurde. Die I. W. W. und andere Arbeiterorganisationen machten große Anstrengungen, Hill das Leben zu retten. Am 16. Oktober beschäftigte sich die Begnadigungsinstanz mit dieser Angelegenheit, aber sie beschloß, daß Joe Hill am 19. November hingerichtet werden müsse. Die I. W. W. behauptet, daß Hill das Opfer einer Verschwörung der kapitalistischen Klasse sei, daß seine Schuld nicht im geringsten erwiesen sei. Man kann uns nicht hängen, weil wir der Arbeiterklasse dazu erziehen, das ganze Produkt ihrer Arbeit als Entlohnung zu verlangen; deshalb versuchen die Kapitalisten, unsere Fonds und Energie durch Prozesse zu erschöpfen und uns Strafprozesse anzuhängen. Wir haben alles getan, um das Leben unseres Genossen zu retten, aber die besitzende Klasse von Utah beschloß, daß er sterben müsse. Der Zweigverein 86 der I. W. W. in Toledo ist deshalb zur Ansicht gelangt, daß, wenn Hill schon erschossen werden muß, er das Vorrecht genießen soll durch die Hände seiner Freunde zu sterben! Der Staat Utah braucht fünf Personen, um Hill am 19. November zu erschießen. Einer dieser Fünf wird ein blindgeladenes Gewehr erhalten. Keiner dieser Fünf weiß, welches Gewehr mit Platzpatronen geladen ist. Jeder Schütze erhält 50 Dollar, und das eine blindgeladene Gewehr gibt allen fünf Schützen ein reines Gewissen und den ungetrübten Genuß des Geldes. Letzten Donnerstag wurden in der Versammlung der I. W. W. Lose gezogen, um die fünf Mitglieder zu bestimmen, die nach Utah fahren sollen. Die 250 Dollar sollen auf Heller und Pfennig für die Revolution verwendet werden. Mag der Staat Utah zu den Finanzen des I. W. W. beitragen, und Hills Tod soll der Sache des industriellen Unionismus ebenso dienen, wie sein Leben ihm gedient hat. Mag das Blut Hills auf das Haupt der Kapitalistenklasse von Utah fallen!"

Dazu wird uns geschrieben:

Diese ganze Geschichte ist von A bis Z ein so dummer Schwindel, daß sogar in den Vereinigten Staaten bisher keine Zeitung darauf hereingefallen ist. Der J. K. blieb es vorbehalten, sie zum Behagen der Sensationspresse nach Deutschland zu importieren.

Josef Hillstrom, ein Schwede, Arbeiterdichter und Mitglied des Industrial Workers of the World, war des Mordes angeklagt und wurde zum Tode verurteilt. Im Jahre 1913 waren in Salt Lake City ein gewisser Morrison und dessen Sohn erschossen worden. Am Tage des Mordes suchte Hillstrom in derselben Stadt einen Arzt auf. Er hatte eine Schußverletzung und behauptet, von dem Manne einer Frau, bei der er überrascht worden war, geschossen worden zu sein. Bei dieser Behauptung blieb er bis zu seinem Tode. Den Namen der Frau nannte er nicht. Man brachte aber seine Wunde in Zusammenhang mit dem Morde an Morrison und dessen Sohn. Im September 1915 zum Tode verurteilt, wurde Hillstroms Hinrichtung auf den 16. Oktober festgesetzt und dann wieder aufgeschoben.

Der schwedische Gesandte, der Präsident Wilson, viele amerikanische Bürger und Bürgerinnen, die I. W. W., die American Federation of Labor verwendeten sich bis zum letzten Augenblick für Hillström, um einen Aufschub der Hinrichtung und einen neuen Prozeß für ihn zu erhalten. Alles war vergeblich. Der Gouverneur von Utah — Spotz — erklärte, daß er die I. W. W. aus Utah vertreiben wolle und der Fall Hillstrom sei eine gute Gelegenheit dazu. So wurde am 16. November 1915 die Hinrichtung Hillstroms auf den 19. November festgesetzt. An diesem Tage wurde er erschossen. Der Sheriff Corleß leitete die Hinrichtung.

Wie dumm die von der J. K. nacherzählte Geschichte ist, geht schon daraus hervor, daß Toledo in Ohio von Salt Lake City in Utah an 3000 Kilometer entfernt ist. Die Kosten der Reise und des Aufenthaltes in Salt Lake City hätten für die fünf Mitglieder des Zweigvereins 86 in Toledo allein mehr ausgemacht als die 250 Dollar Henkergeld.

Aus Industrie und Handel.

Die Pariser Handelskonferenz.

Im „Rußkoje Slowo" vom 3. Februar schreibt Bernazkij: Gegenwärtig weiß jeder, daß die Grundursachen des Weltkrieges in der wirtschaftlichen Nebenbuhlerschaft der größten europäischen Staaten zu suchen sind. In letzter Linie handelt es sich um den Zusammenstoß Englands und Deutschlands, welche die anderen Länder in ihre Einflußsphäre gezogen haben. Der deutsche Imperialismus macht den Engländern ihr Welthandelsprimat streitig. Nebenher lösen die kriegführenden Staaten natürlich auch selbständige Aufgaben. So ist z. B. Rußland bestrebt, seine Volkswirtschaft von dem Griff der deutschen Hand zu erlösen.

Wenn aber alles sich so um ökonomische Fragen dreht, so wäre es sonderbar, die wirtschaftlichen Probleme der Zukunft nicht rechtzeitig im voraus zu überlegen. In dieser Hinsicht sind unsere Feinde uns zuvorgekommen, indem sie schon im November 1915 das Projekt eines Wirtschaftsverbandes Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn unter Ausdehnung auf den nahen Osten ausarbeiteten.

Die englischen und französischen Politiker haben beschlossen, zwischen dem 6. und 9. März in Paris eine Handelskonferenz von Vertretern der verbündeten Mächte zu berufen und das Programm ausgearbeitet. Außer den Fragen, die mit der Wiederherstellung und Regelung der durch den Krieg erschütterten und verwirrten Handelsbeziehungen der Verbündeten zusammenhängen, sollen folgende Themata zur Beratung kommen: Vorsichtsmaßnahmen gegen den Zustrom deutscher Waren nach dem Frieden; Festsetzung von Minimaltarifen im Post-, Telegraphen-, Eisenbahn- und Seeverkehr der Verbündeten; Gründung eines internationalen Bundespatentbureaus (für Entdeckungen und Erfindungen); besondere Vorzugszolltarife für die Waren der Verbündeten; Maßnahmen zur Herabsetzung des Metallzahlungsverkehrs zwischen den Ländern mit entsprechender Gründung einer internationalen Verrechnungskammer und Einführung von ausländischen Postschecks. Offenbar handelt es sich also um die Errichtung einer mehr oder weniger festen wirtschaftlichen Koalition der Verbündeten nach dem Kriege gegen den deutschen Einfluß.

Von besonderem Wert ist der Koalitionsgedanke für Rußland, wo einige dem Handel und der Industrie angehörige, dem äußersten Protektionismus huldigende Elemente laut von der vollen wirtschaftlichen Selbständigkeit unserer Heimat träumen, die ein „sich selbst genügender" Staat werden soll. Und das bei der ungeheuren Bedeutung des Außenhandels für uns, bei der kolossalen Verschuldung an unsere Verbündeten, beim Fehlen eigenen Kapitals zur Entwickelung der produktiven Kräfte! Wir glauben, daß die unentwegten Schutzzöllner der Handelskonferenz keine besondere Sympathie entgegenbringen, indem sie sich den früheren Träumen der „Tarifautonomie" hingeben. Die Interessen des Landes fordern jedoch die gemeinsame wirtschaftliche Arbeit der Verbündeten.

Zweifellos werden die russischen Vertreter, insbesondere die delegierten Mitglieder der gesetzgebenden Kammern, unsere besonderen russischen Probleme im Auge behalten müssen, die große Schwierigkeit der Liquidation der äußeren Kriegsverschuldung und der Wiederherstellung normaler Valutaverhältnisse. Wenn auch diese Fragen unmittelbar über die Grenzen der Handelskonferenz hinausgehen, so ist es doch unmöglich, ohne ihre Beleuchtung eine hinreichende Ersprießlichkeit der Arbeit zu gewährleisten. Wenn unsere Verbündeten nicht gewillt sind, uns in dieser Hinsicht zu helfen, so kann der geplante Zusammenschluß auf eine Reihe unüberwindlicher Schwierigkeiten stoßen. Wie sollen denn die befreundeten Kapitalien bei uns frei umlaufen können, wenn nicht entschiedene Maßnahmen zur Festigung des Rubelkurses getroffen werden? Bei einer zerrütteten Papiervaluta werden wir Russen an Stelle einer wirklichen Entwickelung der produktiven Kräfte nur Projekte der Bereicherung durch Papier, d. h. Phantasien im Geiste Laws üblen Angedenkens haben. In der Handelspolitik wird es unzweifelhaft notwendig sein, zu einem Vertrage zu kommen, der ohne völligen Bruch mit den bestehenden Tarifsystemen dennoch zum Abbau des für Rußland charakteristischen Protektionismus im Großen führt. Es ist längst an der Zeit, unseren Tarif zu revidieren.

Die Konferenz wird die „zweite internationale Handelskonferenz" heißen; die erste fand in Brüssel im Juni 1914 vor dem Kriege statt, und Deutschland und Oesterreich-Ungarn waren in ihr vertreten. (z)

Akt.-Ges. Lindenhaus, Berlin. Im Jahre 1914/15 hat sich die Unterbilanz um 35 087 M. (i. V. 10 221 M.) auf 227 965 M. erhöht bei einem mit 25 Proz. eingezahlten Kapital von 1 Million. Der Buchwert der erweiterten Grundstücke Lindenstr. 2/3 hat sich (wie wir der „Frankfurter Zeitung" entnehmen) durch Neubauten auf 5,55 Millionen Mark (4,79 Mill. M.) erhöht gegenüber 4 bis 5 Millionen Hypotheken, deren genauer Bestand aus dem vorliegenden unvollständigen Berichtsauszuge nicht ersichtlich ist. Ein Teil der Mieträume blieb leer. Bei einer sehr großen Zahl von Mietern mußten entweder infolge Einberufung oder schlechten Geschäftsganges bedeutende Nachlässe gewährt werden. Nach Wiederkehr geordneter Verhältnisse werde eine gedeihliche Aufwärtsbewegung erhofft.

Zur italienischen Kohlenkrisis.

Die neueste englische Ausfuhrstatistik illustriert deutlich den in Italien herrschenden Kohlenmangel. Es wurden nämlich aus dem Vereinigten Königreiche die folgenden Kohlenmengen nach Italien ausgeführt:

	1914	1915	
im Jahre . .	8 625 254	5 788 460	Tonnen
im Dezember .	759 477	382 496	„

Diese Ziffern zeigen, daß im Jahre 1915 die Einfuhr von Kohle in Italien außerordentlich stark zurückgegangen sein muß, denn England kommt ja so gut wie ausschließlich für die Kohlenversorgung Italiens in Frage. Zu bedenken ist aber, daß der Bedarf an Kohle im Jahre 1915 sicherlich in Italien nicht geringer, sondern eher stärker gewesen ist als im Vorjahre. Der „Corriere della Sera" berichtet vom 12. Februar aus London, daß die britische Admiralität 10 Schiffe zur Verfügung gestellt habe, um während des Monats Februar 45 000 Tonnen Kohle nach Italien zu bringen. Eine weitere Hilfe sei angesichts der Lage der englischen Kohlenproduktion nicht möglich. Was eine derartige Menge aber bedeuten würde, beweisen die obigen Zahlen, nach denen eine wirksame Abhilfe höchstens durch eine monatliche Einfuhr der zehnfachen Menge herbeigeführt werden könnte.

Der Reichspostscheckverkehr im ersten Kriegsjahre.

Im Postscheckverkehr des Reichspostgebiets sind vom Kalenderjahr 1914 auf 1915 die Gutschriften und die Lastschriften auf den Postscheckrechnungen gestiegen von je 19 Milliarden auf je 23,9 Milliarden, so daß der für 1915 sich ergebende Gesamtumsatz von 47,8 Milliarden Mark gegen 1914 eine Zunahme um rund 26 Proz. aufweist. Unter den Gutschriften entfielen 1915 auf Zahlkartenbeiträge 13,3 Milliarden Mark (gegen 10,6 im Jahre 1914) und auf bargeldlose Ueberweisungen 10,6 Milliarden Mark (8,4). Unter den Lastschriften beliefen sich 1915 die Barausgahlungen auf 6,4 Milliarden Mark (5,2), die bargeldlosen Auszahlungen dagegen auf 17,5 Milliarden Mark (13,8).

Kriegsgewinne.

Die Kammgarnspinnerei Schedewitz A.-G., Leipzig, wird 18 Proz. (i. V. 6 Proz.) Dividende verteilen. Der Reingewinn beziffert sich auf einschließlich Vortrag 1 042 524 M. (i. V. 403 542 M.). Nach dem Geschäftsbericht ist die Dividendensteigerung nicht lediglich durch Fabrikationsgewinn begründet, vielmehr seien die für das Kriegsjahr 1914 zurückgestellten Mittel der Dividendenverteilung zugute gekommen.

Aus Groß-Berlin.

Was die Berliner Gemeindeschulkinder werden.

In Berlin wird von der Gemeindeschulverwaltung alljährlich in ihren Verwaltungsberichten das Ergebnis der über die Berufswahl der Schulentlassenen veranstalteten Umfragen mitgeteilt. Der erst jetzt vom Magistrat veröffentlichte Bericht über das Schuljahr 1914/15 meldet, daß zu Ostern und zu Michaelis nach Erfüllung der Schulpflicht 24 431 Kinder ausschieden und außerdem vor Erfüllung der Schulpflicht 1552 Kinder von weiterem Schulbesuch befreit wurden. Es waren also diesmal 25 983 Kinder, die aus der Gemeindeschule ins Leben hinaustraten. Die Frage nach dem Beruf, den sie wählen wollten oder sollten, mußte selbstverständlich schon vor der Schulentlassung an sie gerichtet werden. Gewiß wird nachher bei so manchem Jungen und so manchem Mädel der Beruf, dem man sie schließlich zuführte, doch nicht der anfänglichen Absicht entsprochen haben. Aber auch mit dieser Einschränkung dürfen wir die gewonnenen Umfrageergebnisse immer noch für geeignet halten, ein wenigstens ungefähres Bild davon zu geben, welchen Berufen die Berliner Gemeindeschulkinder sich hauptsächlich zuwenden.

Daß die „besseren" Berufe nicht die Regel bilden, ist ja von vornherein anzunehmen — und das wird denn auch Jahr für Jahr durch die Ergebnisse bestätigt. Ausschalten muß man bei den Knaben eine kleine Anzahl, bei den Mädchen eine sehr große Anzahl solcher Kinder, deren Antwort lautete, daß sie im Elternhause verbleiben würden. Meist wird es sich, besonders bei den Knaben, nur um etwas Vorläufiges gehandelt haben, weil über die Berufswahl noch nicht entschieden worden war. Im Schuljahr 1914/15 gaben von 12 602 aus der Gemeindeschule ins Leben hinaustretenden 1498 Knaben an, daß sie im Elternhause verbleiben würden; das sind nicht ganz ein Achtel der Gesamtzahl. Die übrigen nannten als erwählten Beruf 2010 mal Arbeiter, 329 mal Fabrikarbeiter, 4725 mal Handwerker, 1114 mal ein technisches Gewerbe, 183 mal Kunstgewerbe, 179 mal Landbau, Gartenbau, Forstbetrieb, 1386 mal Handel, 101 mal Gastwirtschaft, 695 mal Schreibdienst. Außerdem beabsichtigten noch 357 den Eintritt in Berufsschulen, 25 den Eintritt in höhere Lehranstalten. Bei den 13 381 schulentlassenen Mädchen belief der Anteil der noch im Elternhause verbleibenden sich fast auf die Hälfte der Gesamtzahl: 6653 gaben diese Antwort. Von den übrigen wollten sich widmen 2443 dem Dienst, 186 der Fabrikarbeit, 1151 privater Handarbeit, 2709 kaufmännischem Beruf, 17 der Kunst, 22 dem Staatsdienst, 72 sonstigen Berufen. 128 beabsichtigten, noch in höhere Lehranstalten einzutreten.

Im wesentlichen ist das Bild, das diese Zahlen bieten, nicht anders als in den vorhergehenden Jahren. Aber eine Vergleichung zwischen den Ergebnissen der beiden letzten Jahre zeigt doch bei einigen Gruppen gewisse Unterschiede, die Beachtung verdienen. Nur auf ein paar große Gruppen, bei denen der Zufall nicht so leicht sein Spiel treiben kann, wollen wir hinweisen. Vorausgeschickt sei, daß vom vorletzten zum letzten Jahr die Gesamtzahl der Schulentlassungen sich nur wenig geändert hat, bei den Knaben von 12 659 auf 12 602, bei den Mädchen von 13 423 auf 13 381. Um so mehr muß auffallen, daß in der Berufswahlumfrage die Gruppen Handel bezw. kaufmännischer Beruf sich bei den Knaben von 1786 auf nur noch 1386, bei den Mädchen von 3533 auf nur noch 2709 verminderten. Dagegen mehrte sich stark die Zahl der Kinder, die noch im Elternhause verblieben, bei den Knaben von 1132 auf 1498, bei den Mädchen von 5613 auf 6653. Mindestens für die Gruppe der noch im Elternhause bleibenden Kinder darf man als sicher ansehen, daß die Aenderung dem Einfluß des Krieges zuzuschreiben ist. In sehr viel mehr Fällen als sonst dürfte da die Entscheidung über die Berufswahl hinausgeschoben worden sein.

Die Nachfrage nach Kleingärten ist infolge des Krieges und der hohen Preise für Lebensmittel bedeutend gestiegen. Mehr und mehr hat man den Wert solcher Gärten erkannt. Der Magistrat Berlin hat Kleingärten beim Bahnhof Teltow an der Anhalter Bahn, bei Blankenburg an der Stettiner Bahn und in der Nähe von Rosenthal an der Heidekrautbahn eingerichtet. Um der starken Nachfrage nach diesem Gartenland wenigstens teilweise genügen zu können, hat der Magistrat als erste Rate 5000 M. für die Einfriedigung des Geländes bei Rosenthal und für die Anschließung desselben an die vorbeiführende Wasserleitung bewilligt. Unter den Bewerbern um die Kleingärten sind alle Bevölkerungsklassen vertreten. Wer zum Frühjahr sich noch ein solches Gärtchen einrichten will, muß sich beeilen und sich an die Verwaltung der Güter, Berlin, Stralauer Straße 15/22, wenden. Diese liefert Obstbäume, Baumaterial usw. teils umsonst, teils zum Selbstkostenpreise.

Erwischter Schwindler.

Der „Sanitätssoldat mit dem Russenspeck", der seit Monaten Gastwirte und deren Gäste, auch andere Leute beschwindelt, ist jetzt erwischt worden. Er erzählte, daß er von der russischen Grenze für billiges Geld ungefähr einen Zentner Speck mitgebracht habe, den er nun allein gar nicht verzehren könne. Die Leute, die ihm gern die Hälfte, auch mehr abnehmen wollten, nahm er mit bis in die Nähe des Bahnhofs, auf dem der Speck liegen sollte. Dann ließ er sich das Geld geben, „um die Ware auszulösen", und verschwand mit der Beute nach einer anderen Richtung. Die Kriminalpolizei ermittelte endlich, daß der Schwindler ein 40 Jahre alter Koch Paul Poethgen war, der kurze Zeit Sanitätssoldat gewesen ist. Seiner habhaft zu werden, aber wollte auch jetzt noch nicht gelingen, bis gestern ein Betrogener den Schwindler in der Karlstraße in einem Kinotheater wiedersah. Er holte die Polizei und ließ ihn festnehmen. Poethgen räumte alles ein, was ihm zur Last gelegt wird und wurde der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Berliner Sterblichkeitsziffern.

Ueber die Sterblichkeit in Berlin hat das Nachrichtenamt des Magistrats den Zeitungen gemeldet, sie sei während des Kriegsjahres 1915 nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar noch gefallen. Zum Beweise hierfür wird nicht etwa das Sterblichkeitsergebnis des ganzen Jahres 1915 mitgeteilt und mit demjenigen des ganzen Jahres 1914 verglichen, sondern es werden nur die Ziffern für den Dezember aus 1915 und aus 1914 nebeneinandergestellt. So erfährt man denn, daß die Sterbefälle des Monats Dezember, nach der üblichen Berechnung auf das ganze Jahr und für das Tausend der durchschnittlichen Bevölkerung, 16,78 in 1914, aber nur 16,46 in 1915 ausmachten. Das bedeutet: wenn während der ganzen Jahre 1914 und 1915 die Sterblichkeit andauernd so wie in ihrem Dezember gewesen wäre, dann ergäben sich für die ganzen Jahre die obigen Sterbeziffern. Hätte aber das Nachrichtenamt z. B. die Ziffern für den November aus 1915 und 1914 in dieser Weise nebeneinandergestellt, so ließe sich daraus das Gegenteil „beweisen", nicht eine Abnahme der Sterblichkeit, sondern eine Zunahme. Die Sterbeziffer für November war nämlich, gleichfalls nach der Berechnung auf das ganze

Jahr und für das Tausend der durchschnittlichen Bevölkerung, nur 14,82 in 1914, aber 15,84 in 1915. Das Beispiel dieser beiden Monate zeigt, wie bedenklich es ist, Monatsergebnisse zu solchen „Beweisen" zu mißbrauchen. Da die Sterblichkeit sehr wesentlich von der Witterung beeinflußt wird, so kann die Zahl der Sterbefälle einzelner Monate sehr bedeutende Schwankungen erleiden, und selbst für ganze Jahre lassen oft die Sterbeziffern noch den Einfluß günstiger oder ungünstiger Witterung erkennen. Die Sterbeziffern der zwölf Monate, immer berechnet auf das ganze Jahr und für das Tausend der durchschnittlichen Bevölkerung, waren (ohne Totgeburten) nach Angabe des Berliner Statistischen Amts in 1914 und in 1915: Januar 14,78 und 17,21, Februar 15,80 und 17,25, März 14,59 und 16,31, April 14,81 und 16,13, Mai 14,62 und 15,01, Juni 13,92 und 15,27, Juli 13,66 und 13,62, August 14,34 und 13,03, September 14,36 und 12,84, Oktober 14,01 und 13,64, November 14,32 und 15,34, Dezember 16,73 und 16,46. Aus dieser Zusammenstellung ersehen wir, daß in 1915, verglichen mit 1914, der Winter und der Frühling bis zum Sommeranfang hin ungünstigere Ergebnisse brachten, aber im Hochsommer bis in den Herbst hinein die Ergebnisse günstiger waren. Der Durchschnitt aus dem ganzen Jahre stellt sich für 1914 auf 14,62 Sterbefälle pro Tausend der Bevölkerung, für 1915 auf 15,18 Sterbefälle pro Tausend der Bevölkerung, so daß im ganzen die Sterblichkeit nicht abgenommen, sondern zugenommen hätte. Zu beachten ist freilich, daß die übliche einfache Vergleichung der Gestorbenenzahl mit der Bevölkerungszahl, wobei Eigenart und Aenderungen der Bevölkerungszusammensetzung unberücksichtigt bleiben, keinen sicheren Maßstab für die Sterblichkeit zu geben vermag. Das gilt besonders für die Kriegszeit, in der die männliche Bevölkerung gerade ihren kräftigsten Altersklassen großenteils an das Heer abgegeben hat.

Selbstmord auf den Eisenbahnschienen verübte am Sonnabend abend zwischen Karlshorst und Sadowa eine junge, etwa 22jährige Frau. Als gegen 8 Uhr ein Stadtbahnzug herannahte, warf sich die Lebensmüde vor die Maschine und wurde überfahren. Der Frau wurden der Kopf, die Arme und Beine abgetrennt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Persönlichkeit der Selbstmörderin konnte noch nicht festgestellt werden, da Ausweispapiere bei ihr nicht vorgefunden wurden. Die Verstorbene hat rotblondes Haar und trug schwarzes Kleid, schwarzen Mantel und schwarzen Hut mit Federbesatz. In der Geldtasche fand man außer einigem Kleingeld eine Berliner Brotmarke mit der Nummer 21 409.

Schwere Brandverletzungen erlitt die Tochter Charlotte des Arbeiters Dünnebier in der Liesenstr. 10. Sie kam mit ihrem Kleidchen der Feuerung in der Küche zu nahe und erlitt besonders am Unterleib gefährliche Brandwunden, die ihre sofortige Ueberführung nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus erforderlich machten.

Städtische Heil- und Erziehungsanstalt.

Es ist vielfach die Wahrnehmung gemacht worden, daß Kinder, die wegen psychischer Mängel von dem Schulbesuch ausgeschlossen werden mußten, von den Erziehern, trotz der dringenden Mahnung der Schulbehörde, nicht der für die Erziehung derartiger Kinder eingerichteten in Berlin-Wittenau belegenen sogenannten „Idiotenanstalt Dalldorf" zugewiesen worden sind, weil die Eltern der Ansicht waren, daß der Name „Idiotenanstalt" und die Ortsbezeichnung Dalldorf den Kindern in ihrem späteren Leben einen Makel aufdrücken würde. In der Tat trifft der Ausdruck „Idiotenanstalt" für die Anstalt nicht zu. Die Anstalt ist nicht dazu bestimmt, „Idioten" im Sinne der Armengesetze zu verpflegen, sondern ausschließlich erzieherischen Zwecken zu dienen. Sie soll sich der Erziehung von geistesschwachen Kindern widmen, die mit Rücksicht auf ihre besonderen Eigenschaften, vielfach auch mit Rücksicht auf die häuslichen Verhältnisse, auch nicht mehr in der Hilfsschule gefördert werden können. Idioten im eigentlichen Sinne, d. h. bildungsunfähige schwachsinnige Kinder, deren Verpflegung dem Landarmenverbande als eine gesetzliche Pflicht obliegt, nimmt die Anstalt grundsätzlich nicht auf. Um diesen Verhältnissen gerecht zu werden, hat der Magistrat schon vor längerer Zeit beschlossen, den Namen der Anstalt zu ändern und sie „Städtische Heil- und Erziehungsanstalt" ohne Ortsbezeichnung zu benennen. Es ist zu hoffen, daß dadurch das Vorurteil, das viele Eltern abschreckte, ihren geistig schwachen Kindern die notwendige Erziehung in einer Anstalt zuteil werden zu lassen, endgültig beseitigt werden wird.

Um 10 000 Mark bestohlen wurde in der Nacht zum Sonntag der Bäckermeister Wilhelm Engel aus der Parkstraße 4 zu Berlin-Weißensee. Engel besitzt dort ein eigenes Grundstück, auf dem er allein mit seiner Familie und einem Bäcker wohnt. In der Nacht zum Sonntag haben sich Einbrecher, die sich wahrscheinlich abends auf dem Hinterlande verbargen und einschließen ließen, mit Gewalt Zugang zur Bäckerei und dem Kontor verschafften. Vom Hofe aus stiegen sie durch ein Fenster, in dem sie eine Scheibe zertrümmerten, zunächst in die Backstube ein. Dann erbrachen sie die Kontortür, nachdem sie den Drücker herausgerissen hatten. In einem einfachen, rohgearbeiteten Holzschrank, der zur Aufbewahrung der Geschäftsbücher dient, fanden die Einbrecher ein Holzkästchen mit Drahteinsatz, das für über 10 000 Mark bares Geld enthielt. Sie entleerten es seines Inhalts und entkamen mit der Beute unbemerkt. Unter dem gestohlenen Gelde befinden sich mehrere Tausendmarkscheine und für 2000 Mark Fünf- und Dreimarkstücke. Das übrige sind kleinere Scheine und Münzen. Der Einbruch wurde gestern morgen entdeckt, als der Meister sein Kontor aufsuchte.

Die große Berliner Straßenbahn ist infolge weiterer Einberufungen von Fahrern genötigt, vom 22. d. M. ab den Betrieb der Einsetzlinie 20E. Neukölln—Dönhoffplatz auf die Zeit des Frühverkehrs von 6—9 Uhr vormittags zu beschränken.

Aus den Gemeinden.

Das Neuköllner Mieteinigungsamt im Jahre 1915.

Im Kalenderjahr 1915 wurden beim Mieteinigungsamt der Stadt Neukölln 4222 neue Anträge auf Mieteinigung gestellt, und zwar 1537 schriftlich und 2685 mündlich, 3178 von den Vermietern und 1044 von den Mietern.

Von diesen Anträgen wurden 601 vor oder während der Verhandlung vor dem Mieteinigungsamt zurückgezogen. In 360 Fällen erfolgte eine Vertagung. 150 Sachen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Bei den 3191 endgültig erledigten Sachen scheiterten nur in 274 Fällen die Vergleichsverhandlungen, während in 2917 Fällen ein Vergleich geschlossen wurde. Die verglichenen Streitsachen betragen also rund 90 Proz. sämtlicher endgültig erledigter Anträge.

An Sitzungen sind in dem gleichen Zeitraum 185, an Einigungsverhandlungen mit Einschluß der Vertagungen insgesamt 4302 abgehalten worden, durchschnittlich also 25 in jeder Sitzung.

Das Amtsgericht Neukölln hat außerdem während des Jahres 1915 in 164 Mietstreitsachen ein Gutachten des Mieteinigungsamtes über die Gewährung einer Zahlungsfrist und die Beseitigung der Verzugsfolgen erbeten.

Gemeindewahlen in Tegel.

Im März finden die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Für die dritte Abteilung ist im zweiten Wahlbezirk für die Dauer von sechs Jahren ein Gemeindevertreter zu wählen, der Hausbesitzer sein muß. Die Wahl findet statt Donnerstag, den 2. März, von 2—7 Uhr nachmittags im Restaurant Hamuseck, Hauptstr. 6. — In der zweiten Abteilung sind zwei Gemeindeverordnete zu wählen, die beide Hausbesitzer sein müssen. Deren Wahl findet am Freitag, den 3. März, nachmittags von 4—6 Uhr in demselben Lokale statt. — In der ersten Abteilung sind ebenfalls zwei Gemeindeverordnete zu wählen, von denen einer Hausbesitzer sein muß. Diese Wahl findet Sonnabend, den 4. März, vormittags von 11—11½ Uhr, im Kommissionszimmer des Gemeindeverwaltungsgebäudes, Veistr. 5, statt. Die Vertreter für diejenigen Personen, die sich nach Maßgabe des § 46 der Landgemeindeordnung vermöge ihres Grundbesitzes in der Ausübung des Stimmrechts vertreten lassen dürfen, haben sich über ihre Vertretungsbefugnis durch Vorlegung einer Vollmacht auszuweisen. Diese Vollmachten müssen jeden Zweifel an ihrer Richtigkeit ausschließen. — Im ersten Wahlbezirk der dritten Abteilung findet in diesem Jahre keine Ergänzungswahl statt.

Beschluß des Wahlvereins Bohnsdorf.

In der letzten Mitgliederversammlung wurde Bericht erstattet von der Vorsitzendenkonferenz des Kreises Teltow und nachstehender Beschluß gefaßt:

„Die Mitglieder des Wahlvereins Bohnsdorf erklären sich mit der Abstimmung der Vorsitzendenzusammenkunft vom 30. Januar nicht einverstanden, da diese ein öffentliches Urteil über die Haltung unseres Reichstagsabgeordneten bezüglich der Kreditbewilligung nicht abzugeben berechtigt ist. Die Parteigenossen erklären weiter, daß eine solche Zusammenkunft nur einen informatorischen Charakter haben kann, und eine solch entscheidende, von ihr getroffene Abstimmung eine Kreiskonferenz erledigen muß, in welcher die Genossen nach Stärke der Mitgliederzahl vertreten sind."

Lebensmittelverkauf in Mariendorf.

Die Gemeinde Mariendorf verkauft durch die Kaufleute grüne Erbsen und weiße Bohnen. Der Preis beträgt bei beiden 50 Pf. für das Pfund. Die Geschäfte sind durch rote Plakate kenntlich gemacht. Außerdem wird im Rathause, Zimmer 10—11, werktäglich von 9—1 Uhr vormittags kondensierte Milch zum Preise von 80 Pf. für eine 490 Gramm-Dose, 75 Pf. für eine 450 Gramm-Dose und 72 Pf. für eine 430 Gramm-Dose verabfolgt.

Jugendweihe in Adlershof.

Sonntag, den 2. April, nachm. 2 Uhr, findet in Adlershof, Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 29, die Jugendweihe für die Orte Adlershof, Alt-Glienicke und Bohnsdorf statt. Die Beteiligung ist kostenlos. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß die Eltern oder Kinder aus der Landeskirche ausgeschieden sein müssen, um an der Feier teilnehmen zu können.

Meldungen nehmen entgegen: Max Schönfeldt, Adlershof, Handjerystraße 2, parterre; Gustav Uhlig, Alt-Glienicke, Wilhelmstraße 10; Franz Walter, Bohnsdorf, Paradiesstraße 6.

Soziales.

Krankenunterstützung und Wahlrecht.

Bekanntlich hat das Oberverwaltungsgericht seit länger als einem Jahrzehnt an der unsozialen Auffassung festgehalten: die für eine Ehefrau oder deren Kinder gewährte Krankenhausbehandlung gilt als Armenunterstützung des Ehemannes, falls der Frau oder den Kindern die Krankenhausbehandlung ohne Bezahlung gewährt ist, weil sie unterstützungsbedürftig waren. Demnach verliere, wenn die Kosten für die Krankenhausbehandlung nicht zurückerstattet werden, der Ehemann — sein kommunales Wahlrecht. An dieser Anschauung hat das Oberverwaltungsgericht in einer am 17. d. M. ergangenen Entscheidung festgehalten. Sie betrifft einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zu Altona, die mit Recht Ehemänner, deren Wahlrecht aus dem erwähnten Grunde gestrichen war, in die Wählerliste wieder aufnahm.

Dies Beharren des Oberverwaltungsgerichts an der unsozialen Auffassung, die Familienmitglieder seien in dem Krankenhaus nicht lediglich deshalb aufgenommen, weil sie krank, sondern weil sie arm seien, macht dringend die vor Jahren bereits allgemein verlangte Aenderung der Gesetzgebung erforderlich. Das Reich hat bekanntlich im Jahre 1908 durch Gesetz festgelegt, daß Krankenhilfe nicht als Armenunterstützung im Sinne des Reichswahlrechts zu gelten hat. Anders steht es mit Preußen. Dort ist allerdings ein Entschluß angenommen, der eine ähnliche Aenderung der für Preußen in Betracht kommenden Wahlgesetze für das Land, die Provinzen, Kreise und Kommunen schafft. Die Regierung hat diesem Verlangen aber bisher nicht entsprochen. In der jetzigen Zeit, in der soziale Fürsorge im Interesse der Allgemeinheit besonders dringend ist, sollte endlich der angeführte Mißstand beseitigt werden. Sein Fortbestehen wirkt auch ungünstig auf den Gesundheitszustand von Kindern und Frauen ein. Denn er wirkt der Bereitwilligkeit zum Aufsuchen eines Krankenhauses entgegen.

Es wird jetzt viel über Erhaltung und Mehrung der Volkskraft geschrieben und gesprochen. Es ist glaubhaft behauptet, alle Zweige der in Betracht kommenden preußischen Ministerien beschäftigten sich eifrig mit dieser Frage. Das ist auch recht gut und schön. Aber ist die Aenderung des besprochenen Mißstandes nicht mehr wert als eine Vertröstung für die Zukunft? Seit einem Jahrzehnt ist die Sache spruchreif. Was hindert ein endliches Vorgehen?

Arbeits- und Liebesverhältnis.

„Die Klägerin ist bei mir erstens als Braut, zweitens als Stepperin mehr untätig als tätig gewesen." — Mit diesen Worten leitete der Schneidermeister Antaly die Beantwortung einer Klage ein, welche Fräulein Frida W. beim Gewerbegericht gegen ihn erhoben hatte. Als das nicht gerade alltägliche Doppelverhältnis zwischen den Parteien im Laufe der Verhandlung erwähnt wurde, bemerkte der Vorsitzende: „Man soll die rauhen Bedingungen eines Arbeitsverhältnisses nie mit den zarten Herzensneigungen eines Liebesverhältnisses verknüpfen. Das gibt erfahrungsgemäß immer ein Unglück." — Dieser Satz trifft im vorliegenden Falle zu. Das Unglück der Klägerin ist, daß sie, so lange zarte Herzensbeziehungen mitsprachen, dem Beklagten ihren Arbeitslohn stundete, den sie aber nicht bekam, als sie sich auf die rauhen Bedingungen des Arbeitsverhältnisses berief.

Schneidermeister Antaly ist unseren Lesern kein Unbekannter. Wir haben ihn schon vor Monaten der Oeffentlichkeit vorgestellt. Damals war er bei der Schlichtungskommission der Militärschneider von 10 bis 15 munteren jungen Mädchen verklagt, die er in seiner Arbeitsstube beschäftigt hatte. Aus den Verhandlungen vor der Schlichtungskommission ergab sich ohne Zweifel, daß Antaly an den jungen Mädchen nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch das Ewigweibliche zu schätzen wußte, und daß seine Werbungen um die Gunst einzelner Arbeiterinnen, zu denen er sich besonders hingezogen fühlte, nicht erfolglos geblieben sind. — In einem der vor der Schlichtungskommission gegen Antaly verhandelten Prozesse befand sich unter den Klägerinnen auch Frida W. Sie erklärte damals, sie habe die Klage nicht eingereicht, anscheinend habe Antaly für sie gegen sich selbst Klage erhoben. Nach dieser Erklärung wies die Schlichtungskommission die Klage von Frida W. wegen mangelnder Aktivlegitimation ab. Die Forderung, welche Frida W. damals vor der Schlichtungskommission nicht geltend machen wollte, erhob sie jetzt — nachdem ihre freundlichen Beziehungen zu Antaly sich in feindliche gewandelt hatten — beim Gewerbegericht. Hier legte sie ein von Antaly unterzeichnetes Schriftstück vor, durch das er von einer Forderung, die er angeblich bei der Firma Zaduck hat, der Klägerin den Betrag von 84,70 M. für rückständigen Lohn abtritt. Als Frida W. diese Abtretungsurkunde bei der Firma Zaduck in Geld umsetzen wollte, wurde ihr gesagt: „Die Zettel von Antaly kennen wir schon. Die haben gar keinen Wert. Darauf zahlen wir nichts." — Nun forderte die Klägerin vor dem Gewerbegericht, daß ihr Antaly nicht nur den genannten Betrag, sondern außerdem noch 75 M. rückständigen Arbeitslohn zahle. — Antaly selbst war nicht erschienen. Er hatte eine Vertreterin gesandt. Diese sagte, viele Arbeiterinnen hätten ja von Antaly ihr Geld nicht bekommen, aber die Klägerin habe ihren Lohn erhalten und nichts mehr zu fordern. Als der Vertreterin des Beklagten die Abtretungsurkunde vorgehalten wurde, meinte sie, das sei kein Arbeitslohn, sondern ein Geschenk an die Geliebte, auf das diese keinen Rechtsanspruch habe. — Eine Zeugin M., die, ebenfalls mit einer Abtretungsurkunde von Antaly versehen, bei der Firma Zaduck mit der Klägerin zusammentraf, will bei dieser Gelegenheit aus dem Munde der Klägerin gehört haben, daß sie von Antaly nichts mehr zu fordern habe. Auch diese Zeugin meinte, Antaly habe wohl der Klägerin etwas zuwenden wollen, weil sie damals ein Liebesverhältnis mit ihm gehabt habe. — Die Klägerin bestritt ganz entschieden, daß zwischen ihr und dem Beklagten ein Liebesverhältnis bestanden habe. Aber, sagte sie, die Zeugin sei mit Antaly ausgegangen. Darauf erwiderte die Zeugin, Antaly sei ja mit allen seinen Arbeiterinnen ausgegangen. — Weitere Bemerkungen dieser Art schnitt der Vorsitzende ab mit den Worten: „Wir wollen nicht zu tief in die Herzensangelegenheiten des Beklagten hineinsteigen."

Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 84,70 Mark, weil dieser Betrag als schuldiger Arbeitslohn durch die Abtretungsurkunde anerkannt sei. Die weitere Forderung der Klägerin wurde abgewiesen, weil es hierfür an einem Beweis fehlte.

Gerichtszeitung.

Wirkungen des Alkohols.

Ein unbedeutender Wirtshausstreit, der ein Menschenleben zum Opfer gefordert hat, lag der Verhandlung zugrunde, mit welcher gestern eine neue Tagung des Schwurgerichts am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Splettstößer begann.

Wegen Körperverletzung mit Todeserfolg war August Zepernick, ein vielfach vorbestrafter Mensch, angeklagt. Am Abend des 8. Juni hatte der Angeklagte in angeheitertem Zustande ein Schanklokal in der Nähe des Königstors betreten, in welchem ein elektrisch betriebenes Klavier Musik machte. Er fing bald an, nach den Klängen der Musik zu tanzen und Allotria zu treiben, wobei er mehrere Gläser umriß, die zu Boden fielen. Als ihn ein Gast aufforderte, sich anständig zu benehmen, wollte er diesem zu Leibe gehen, doch verstand es ein anderer Gast, die Streitenden zu trennen. Nunmehr richtete sich der ganze Zorn des Angklagten gegen den Friedensstifter und als dieser das Lokal verließ, trat der Angeklagte auf ihn zu und stieß ihm ein bereit gehaltenes Messer mit solcher Gewalt in die Seite, daß die Leber erheblich verletzt wurde. Vor diesem verhängnisvoll gewordenen Stoß hatte ihm der Angeklagte schon eine Stichwunde beigebracht. Der Verletzte sank blutend zu Boden und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden, wo er nach wenigen Tagen verstorben ist. — Der Angeklagte behauptete, so betrunken gewesen zu sein, daß er von dem ganzen Vorfall nichts wisse. Die Beweisaufnahme bestätigte die Behauptung nicht. — Die Geschworenen verneinten mildernde Umstände. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 3 Monaten der Strafe auf die Untersuchungshaft.

Der tödliche Schreckschuß.

Wegen fahrlässiger Tötung hat das Landgericht Graudenz am 11. November v. J. den Wirtschaftsinspektor Otto Borries zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Am Nachmittag des 17. Juli v. J. sah der Angeklagte auf einem Rit in die Nähe seines Heimatsortes etwa acht bis zehn Dorfkinder in den Anlagen auf dem Rasen spielen. Eins von ihnen war sogar auf einen Baum geklettert. Er drohte den Kindern, die daraufhin eilig davonliefen. Um seiner Warnung auch für die Zukunft noch etwas Nachdruck zu verleihen, gab der Angeklagte aus seinem Revolver noch einen Schreckschuß ab, indem er die Waffe nicht in der Richtung der Kinder, sondern seitwärts nach oben hielt. Dabei traf er unglücklicherweise einen achtjährigen Knaben, der noch auf einem Baum saß und sich vor dem Angeklagten in dem Geäst versteckt hatte. Die Kugel war dem Knaben in den Kopf gegangen, und der Verletzte starb zwei Tage später im Krankenhause. Die von dem Angeklagten trotz des auffallend niedrigen Strafmaßes eingelegte Revision wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Lawinenkatastrophe im Hochkönigsgebiet.

Ueber 100 Personen verschüttet. — 55 Leichen geborgen.

Ein furchtbares Lawinenunglück ereignete sich am Sonnabendnachmittag im Hochkönigsgebiet (Berchtesgadener Alpen). Vom Kälbertriedel herab gingen zwei mächtige Staublawinen und begruben die Schweizerhütte unter sich, welche teilweise demoliert wurde. Skimannschaften, welche mit dem Ausschaufeln der an den beiden vorangegangenen Tagen gefallenen Schneemassen beschäftigt waren, wurden durch die Lawinen verschüttet. Sofort wurden Rettungsarbeiten eingeleitet, an denen sich auch eine von Salzburg entsandte Sanitätspatrouille beteiligte. Bis Sonntagabend wurden 55 Tote und 49 Verletzte geborgen, welche nach dem Reservespital in Bischofshofen geschafft wurden. Ungefähr 30 Personen werden vermißt. — Die Ausgrabungen gestalten sich äußerst schwierig, weil die Gefahr besteht, daß noch weitere Lawinen niedergehen. Es ist auch wenig Hoffnung vorhanden, daß die noch Verschütteten lebend geborgen werden können.

•

Ein anderes Lawinenunglück ereignete sich Sonntagnachmittag auf dem Skiausflugsort Birgitz-Köpfl (Tirol). Zwei Menschen fielen ihm zum Opfer. Die Leiche des einen der Verunglückten ist bereits geborgen, es ist ein Mann namens Reiter. Der andere, der Landesinspektor Dr. Joseph Alton, konnte noch nicht aufgefunden werden.

Eine „reizende" Idee.

In der christlichen Arbeiterbewegung spielen bekanntlich oft Personen eine Rolle, die sich aus philanthropischen oder anderen Gründen dieser Bewegung annehmen, die aber ebensowenig von den wirklichen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes wissen wie von den gewerkschaftlichen Grundsätzen einer Arbeiterorganisation. Auf was für Einfälle diese Personen manchmal kommen, zeigt ein Vorkommnis in Kassel, über das die christliche Zeitschrift „Die Heimarbeiterin" kürzlich berichtete. Das Blatt schrieb unter anderem:

„Nun möchten wir noch von einer ganz reizenden Idee berichten, die unsere Kassenführerin hatte, und die sie auch gleich in die Tat umsetzte; vielleicht findet die Sache auch in anderen Gruppen Nachahmung. In der Novemberversammlung schlug unsere Kassenführerin unsern Mitgliedern vor, sie möchten doch auch einmal ihre Kinder etwas tun lassen für den Krieg. Jedes Kind sollte

sich ein paar Groschen erarbeiten oder absparen, vielleicht auf die Weise, daß es eine Zeitlang mal trockenes Brot äße, anstatt solches mit Mus, und dafür von der Mutter etwas Geld bekäme, oder daß es der Mutter ganz besondere Dienste biete, für die es dann belohnt würde. Dies selbstersparte Geld sollten die Kinder dann eigenhändig an einem bestimmten Tage in unserer Arbeitsausgabe abliefern. Frau Ganslandt wolle einen Fußball dafür kaufen, den sich die Leichtverwundeten eines unserer Lazarette sehnsüchtig wünschten, und die Kinder sollten ihn den Soldaten gemeinsam überreichen. Unsere Mitglieder stimmten diesem Plane begeistert zu, und an dem festgesetzten Tage erschienen die kleinen Gäste in großer Menge in unserer Arbeitsausgabe, um voll Stolz ihr Scherflein abzuliefern."

Die Kassenführerin, die diese „reizende Idee" ausgeführt hat und sie anderen Organisationsgruppen zur Nachahmung empfiehlt, ist Frau Oberstaatsanwalt Ganslandt. Es wird berichtet, daß der Herr Oberstaatsanwalt selbst ein Reh geschossen habe, das mit dem Fußball zugleich den verwundeten Soldaten übergeben wurde. Nach längerer Unterhaltung wurde bei dieser Uebergabe von einem bestellten Photographen ein Gruppenbild aufgenommen, und es ist dafür gesorgt worden, daß dieses Bild in der Scherlschen „Woche" zur Veröffentlichung kam. Dieses Privatvergnügen gönnen wir der Frau Staatsanwalt. Aber wogegen wir Einspruch erheben, ist, daß man von Heimarbeiterinnenkindern verlangt, sie sollen trockenes Brot essen, damit „reizende Ideen" hoher Herrschaften verwirklicht werden können. Heimarbeiterkinder pflegen gewöhnlich froh zu sein, wenn sie das ihnen als Ration zustehende Brot zu essen haben, und es ist ihnen wirklich zu gönnen, wenn ihnen noch ein Musaufstrich zuteil wird, denn außer Brot und Mus stehen ihnen höchstens noch schlechte Suppen und Kartoffeln als Nahrung zur Verfügung. Wie es Arbeiterkindern, wie es Arbeiterfamilien überhaupt ergeht, darüber könnte sich die Gewerkschaftsfunktionärin Frau Oberstaatsanwalt sehr leicht aus Mitteilungen der christlich-nationalen Presse Kenntnis verschaffen, aus der die Not oft genug zum Himmel schreit. Wir gönnen den verwundeten Soldaten ihren Fußball, aber ebenso wie der Herr Gemahl ein von ihm geschossenes Reh opferte, hätte sich sicher auch noch ein anderer zahlungsfähiger Soldatenfreund gefunden, der den Fußball gespendet hätte. Wer Heimarbeiterkindern den Rat gibt, das Mus zum Brot zu sparen und dann noch dieses Experiment in der Zeit der schlimmsten Teuerung den anderen hungernden Heimarbeiterinnen zur Nachahmung empfiehlt, der soll sich überlegen, ob er nicht den schwachen, jetzt zumeist unterernährten Kindern nicht nur Mus und Fett vom Brot, sondern auch die Gesundheit des Körpers raubt.

Druckfehler-Bosheit.

Der „Kladderadatsch" macht auf folgenden technischen kleinen Reinfall der Chemnitzer „Volksstimme" aufmerksam:

Die Nr. 14 der „Volksstimme" (Organ für das arbeitende Volk des 10., 15., 16., 17. und 19. sächsischen Reichstagswahlkreises) veröffentlicht unter „Strafandrohung in Belgien" folgendes:

„Brüssel, 18. Januar.

Der Generalgouverneur hat folgende Verordnung erlassen: Wer im Gebiete des Generalgouvernements der vorsätzlichen Brandstiftung, der vorsätzlichen Verursachung einer Ueberschwemmung oder eines Angriffes oder Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder Abgeordnete der deutschen Zivil- oder Militärbehörden in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen, sich schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, kann statt der Todesstrafe auf eine zehn- bis zwanzigjährige Zuchthausstrafe erkannt werden" usw.

Darunter befindet sich folgender Schlußsatz:

„So sei denn allen, die mit Herz und Hand dieses schöne vaterländische Werk deutscher Weihnachtsliebe gefördert und unermüdlich zum guten Ende geführt haben, abermals herzlichst gedankt."

Der „Kladderadatsch" bemerkt dazu: Exzellenz von Bissing wird sich eines milden Lächelns nicht erwehren können, wenn er diese gutgemeinten und aus edlem Herzen kommenden Worte der „Volksstimme" liest.

Und wir meinen: Der Kobold des Setzersaales muß doch recht genau wissen, wes Geistes Kind die Chemnitzer „Volksstimme" ist.

Schweres Eisenbahnunglück in Ungarn. Zwischen den Stationen Predal und Felsoetoemoes geriet ein Güterzug auf der abschüssigen Strecke ins Rollen und wurde auseinandergerissen, wodurch sechzehn Wagen entgleisten. Vier Personen des Zugpersonals wurden getötet und fünf verletzt.

Brandunglück. Wie das „Salzburger Volksblatt" meldet, vernichtete bei starkem Sturm ein verheerender Brand in der Ortschaft Straß, Gemeinde Gunskirchen, 18 Häuser mit sämtlichen Nebengebäuden und ein Gasthaus sowie eine Kapelle. Eine Magd ist verbrannt, mehrere Personen wurden verletzt. Das Feuer wurde durch einen fünfjährigen Knaben beim Spielen mit Zündhölzern verursacht.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 460 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Etappen-Inspektion der 8. Armee.

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3. und 4. Garde-Reg. z. F.; Garde-Gren.-Reg. Alexander; Garde-Schützen-Bat. Gren.- bzw. Inf.- bzw. Füs.-Regimenter Nr. 1, 12 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 12), 19 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 230), 31 bis einschl. 35, 38, 39, 41, 42, 43, 45, 47, 62, 63 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 230), 65, 67 (s. auch Res.-Inf.-Reg. Nr. 230), 69 bis einschl. 72, 73 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 230), 76, 77, 78, 89, 92, 94 (s. Minenwerfer-Komp. Nr. 38), 118 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 118), 129, 130, 132, 135, 154, 159 (letztere beide s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 230), 162 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 21), 165, 170, 172 bis einschl. 176, 184, 188, 193. Res.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 21, 31, 32, 35, 48, 64, 67, 68, 69, 71, 72, 75, 76, 77, 90, 98, 99, 109 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 118), 118, 130, 202 bis einschl. 206, 208, 209, 212, 213, 217, 226, 230 (siehe auch Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 5 [Posen]), 249, 251, 252, 253, 258, 260, 263. Res.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 3. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 12, 21 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 21), 32, 33, 37, 38, 46, 52 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 21), 65, 66, 71, 72, 75. Jäger-Bataillone Nr. 5 (s. Inf.-Reg. Nr. 41), 7 (s. Res.-Inf.-Reg. Nr. 21), 11, 14; Res.-Bataillone Nr. 2 und 11. Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 102 (s. Gren.-Reg. Nr. 89). Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 5 (Posen); Festungs-Maschinengew. Komp. Nr. 3 Straßburg im Elsaß).

Kavallerie: Husaren Nr. 16; Jäger zu Pferde Nr. 11.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 6, 33, 35 (s. Leichte Munitionskolonne der 2. Kav.-Div.), 45, 57, 69, 74; Res.-Regimenter Nr. 17, 18, 19, 45, 47. Feldart.-Abt. Nr. 231.

Fußartillerie: Art.-Meßtrupp Nr. 1 der 52. Inf.-Div.

Pioniere: Regimenter Nr. 19, 25, 30, 31, 35; Bataillone: I. Nr. 5, I. Nr. 6, II. Nr. 15, III. Nr. 16, I. und II. Nr. 26; Ers.-Bataillone der Pionier-Bataillone Nr. 5 und 15; Pionier-Kompagnien Nr. 104, 248, 263, 307; Res.-Kompagnien Nr. 50, 51, 75, 89; 1. Landw.-Komp. des 4. (s. III. Pionier-Bat. Nr. 16), 2. des 4., 1. des 9., 1. und 2. des 14., 2. des 15. und 1. des 18. Armeekorps. Scheinwerferzug Nr. 250. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 7, 17, 21, 38, 56, 216, 246; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 195; Leichte Minenwerfer-Abt. Nr. 302. Schwere Ladungswerfer-Abteilungen Nr. 1, 3, 4 (alle drei s. Minenwerfer-Komp. Nr. 246).

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Betriebs-Komp. Nr. 22. Etappen-Telegr.-Direktion der Armee-Abt. Woyrsch; Armee-Telegr.-Abt. Nr. 4 (s. Feldfliegertruppe). Armee-Fernspr.-Abt. Nr. 17 und Nr. 18 der 12. Armee; Res.-Fernspr. Abt. Nr. 6. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bat. Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 33.

Train: Ers.-Abt. der Train-Abt. Nr. 4. Proviantkolonne Nr. 3 des 4. Armeekorps. Fuhrparkkolonnen Nr. 7 des 7., und Nr. 5 des 8. Armeekorps. Etappen-Fuhrparkkolonnen Nr. 2 der 6. und Nr. 27 IV der 7. Armee. Feldbäckereikolonne Nr. 52.

Munitionskolonnen: Leichte Munitionskolonne der 2. Kav.-Div. Art.-Munitionskolonne Nr. 7 des 7. Armeekorps; Res.-Art.-Munitionskolonne Nr. 85.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 117; Res.-Sanitäts-Komp. Nr. 9. Res.-Feldlazarett Nr. 83. Kriegslazarett-Abt. Nr. 52. Res.-Lazarette: Baden-Baden, Bromberg, Hamburg, Helmstedt, Mannheim, Paderborn, Polzin, Schönebeck a. Elbe, Sonderburg. Freiw. Krankenpflege.

Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-Bataillone Nr. 27, 28, 39, 62, 63, 66, 67, 72, 121. Straßenbau-Komp. Nr. 31.

Feldintendantur der 49. Res.-Div.

* * *

Die bayerische Verlustliste Nr. 251 bringt Verluste des Inf.-Leib-Reg.; 1., 2., 4., 5., 6., 7., 9., 11., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 23. und 24. Inf.-Reg.; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23; Res.-Jäger-Bat. Nr. 1; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 7, 12; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 2, 3, 6, 9, 12; Landst.-Inf.-Bataillone: Bamberg, Landshut, München I, München III, Nürnberg III, Passau I, Passau II, Speyer II; 1., 4., 5., 6., 7., 9., 11. Feldart.-Reg. Res.-Feldart.-Regimenter Nr. 1, 5, 6, 10; 1. und 2. Fußart.-Reg.; Fußart.-Bat. Nr. 10; Fußart.-Batterien Nr. 336, 369, 411, 579; Res.-Fußart.-Regimenter Nr. 1, 3; Landw.-Fußart.-Bat. Nr. 2; Pionier-Reg.; 1. und 2. Pionier-Bat.; Pionier-Komp. Nr. 20; Minenwerfer-Komp. Nr. 1 und 205; Res.-Pionier-Ers.-Komp.; Res.-Eisenbahn-Bau-Komp. Nr. 4; Doppel-Fernspr.-Zug Nr. 11; Res.-Fernspr.-Abt. 8; Armee-Flugpark „von Strantz"; Korps-Brückentrain 3; Fuhrpark-Kolonne 2 (1. Res.-K.); Sanitäts-Komp. 1, 1. A.-K.; Res.-Sanität-Komp. 8; Etappen-Munitions-Kolonne (6. Res.-Div.); Etappen-Hilfs-Bat. 6; Armierungs-Bataillone Nr. 2, 5, 9; Weitere Verluste. Berichtigungen.

Die württembergische Verlustliste Nr. 348 meldet Verluste des Ers.-Inf.-Reg. Nr. 52; Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.-Regimenter Nr. 121, 125, 126, 127, 180; Res.-Inf.-Reg. Nr. 119; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 119, 120, 122, 123, 126; Füs.-Reg. Nr. 122; 1. Landst.-Inf.-Bat. Stuttgart; Gebirgs-Bat.; Feldart.-Regimenter Nr. 49, 65; Res.-Feldart.-Reg. Nr. 26; 6. Landw.-Pionier-Komp.; Leichte Proviant-Kolonne Nr. 1; Res.-Art.-Munitions-Kolonne Nr. 3; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 35; Verluste durch Krankheiten. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Charlottenburg. Dienstag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 4, Mitgliederversammlung. Vortrag der Genossin Luise Ziek: „Frauenpflichten im Kriege". Diskussion und Verschiedenes. Die Mitglieder, besonders die Frauen, sind eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Neukölln. Die für heute geplante Mitgliederversammlung des Wahlvereins kann nicht stattfinden.

Mariendorf. Heute abend 8½ Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal des Genossen Preuß, Kurfürstenstr. 44, statt. Vortrag des Genossen Zubeil: Das Verhalten der Minorität im Reichstage.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Mittwoch, den 23. Februar, findet im Jugendheim, Kaiser-Wilhelm-Str. 76, für die Arbeiterjugend von Tempelhof-Mariendorf ein Vortrag statt. Referentin: Frau Käthe Duncker.

Oberschöneweide. Mittwoch, den 23. Februar, abends 8½ Uhr, im Jugendheim. Vortrag des Herrn Max Schütte: Die geologische Entwicklung der Erde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

F. L. 80. Wenden Sie sich an das Bureau des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins, Lindenstr. 3. — **B. M. 27.** Die Adresse ist uns leider nicht bekannt. — **O. W. 3.** Uns ist nur bekannt, daß zurzeit Versuche über die Verwendbarkeit dieser Frucht angestellt werden. Ob und wo Betriebe mit deren Verarbeitung existieren, ist noch nicht zu unserer Kenntnis gelangt. — **W. S. 5.** 1. Ja, wenn Sie noch aktiv dienen. 2. Ja, wenn Bedürftigkeit vorliegt. — **R. D.** Wenn über Kündigung nichts vereinbart ist, haben Sie Anspruch auf vierteljährige Kündigung mit sechs Wochen vor Quartalsschluß. Da Ihr Gehalt jedenfalls 2000 Mark jährlich nicht übersteigt, sind Sie sowohl in der Invaliden- wie auch in der Angestelltenversicherung versicherungspflichtig. — **K. Sch. 53.** Auch die Wahlfortbildungsschulen für Jünglinge und für Mädchen geben Unterricht in Handelsfächern (Buchführung, Korrespondenz, Sprachen usw.). Ein kleines Schulgeld wird erhoben, doch können Freistellen bewilligt werden. (Aus Ihrer Anfrage ist weder Alter noch Geschlecht noch Vorbildung der in Betracht kommenden Person zu ersehen.) **K. H. 1882.** Beim Notar. — **G. K. 1.** Das ist keine neue Verordnung. Wenn vorauszusehen ist, daß durch die Operation eine wesentliche Besserung eintritt und wenn die Operation nicht erheblich ist, muß der Soldat auf gegebenen Befehl sich dieser unterziehen. 2. Gegen den Empfang der Briefe können Sie nichts unternehmen. — **M. G. 34.** Die Mietsunterstützung könnte Ihnen zunächst eventl. entzogen werden. — **O. 4.** Ja. — **A. S. 1.** 1. Ja. 2. Nach Einsendung des Unterstützungsscheins durch den Sohn ist der Antrag bei der zuständigen Steuerkasse zu stellen. — **Belgien 72.** Das entscheidet der Militärarzt. — **M. W. 20.** Sie sind zur nachträglichen Zahlung der Steuer verpflichtet. — **E. W. 1000.** Die Pflicht zur Unterstützung besteht für den Sohn der Mutter gegenüber. Bei dem angegebenen Einkommen aber und bei der großen Familie wird er dazu nicht herangezogen werden können. — **M. 115.** Der Betreffende gilt als überzählig und hat deshalb so lange keinen Anspruch auf die höhere Löhnung. — **O. S. 70.** Der Arzt hat Anspruch auf Honorierung für das Attest. Das Honorar richtet sich nach dem Umfang des Attestes. Wahrscheinlich wird es sehr kurz sein; daher wird ein Honorar von etwa 5 M. in Frage kommen. — **O. K. 712.** Der Anspruch ist nach 30 Jahren verjährt. — **O. 20.** 1. und 2. Sie hätten Anspruch auf Lohn für 4 Wochen. Das Krankengeld kann vom Lohn in Abzug gebracht werden. 3. Dann muß den Familienangehörigen das statutarische Familiengeld gezahlt werden. — **10. Neukölln.** 1. Sie müssen Beschwerde beim Versicherungsamt für den Kreis Teltow, Berlin, Viktoriastr. 17/18, einlegen. 2. Ja, 25—30 M. monatlich. — **W. S. 8.** 1. und 2. Ja.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wolkig oder neblig, keine wesentlichen Niederschläge; am Tage etwas gelinder, nachts wieder ziemlich kalt.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Köpenicker Viertel. Bez. 195 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau

Berta Jenahr

Görlitzer Str. 69

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Verwaltungsstelle Treptow-Baumschulenweg.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau unseres Kollegen

Max Haß

am Sonnabend, den 19. Februar, nach kurzem Leiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofes in der Kiefholzstraße aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

73/8 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Emma Hellbig

am 19. Februar nach langem Leiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. Februar 1916, nachmittags 4 Uhr, auf dem Christus-Kirchhof in Neukölln, Lichtenrader Chaussee, statt. 23/7

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am Freitag verstarb meine liebe Tochter

Gertrud

im 25. Lebensjahre. 117R

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Marie Krüger,

Neukölln, Reuterstr. 62.

Beerdigung: Mittwoch, den 23. Februar 1916, auf dem neuen Jakobi-Kirchhof, Neukölln, Hermannstraße 105.

Fern von der Stätte seiner Tätigkeit verstarb am 19. Februar unser hochverehrter Chef, Herr

Karl Legel jun.

Wir betrauern in ihm einen in jeder Beziehung gerechten Arbeitgeber und wollen ihm stets ein gutes Andenken bewahren.

Das gewerbliche Personal der

Firma Karl Legel,

Berlin.

214/17

Der unerbittliche Tod entriß uns nach kurzem, schwerem Leiden am 19. d. Mts. fern von der Heimat unseren hochverehrten Herrn

Karl Legel jun.

Mitinhaber der Firma Karl Legel. 214/18

Tief erschüttert über den uns betroffenen schweren Verlust, betrauern wir in dem Verstorbenen einen wohlwollenden Chef, dessen unermüdliche Tätigkeit und rastloses Streben uns stets ein leuchtendes Vorbild bleiben wird.

Die Angestellten der Firma

Karl Legel, Berlin.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Gertrud Krüger

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Jakobi-Kirchhof in Neukölln, Hermannstraße, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

78/3 Der Vorstand.

Gewidmet zum 30. Geburtstage!

Nach dreijähriger glücklicher Ehe fiel als Opfer dieses Weltkrieges am 30. September 1915 mein innigstgeliebter, treusorgender Mann

Karl Lupp.

Ein Kreuz leuchtet am Bergabhang,
schaut, winterlich ziehn
Ueber des Todes blutigen Rand
unfreundliche Lüfte hin.
Ein Kreuz hält die Totenwacht,
ist Zeuge vom Sieg,
Daß eine Seele aus Todesnacht
auf in die Heimat stieg.
Wanderer, hemme den raschen
Schritt, hemme den Fuß.
Nimm aus der Heimat ein Blümlein mit, bring' es dem
Toten als Gruß.
Rühre dein Herz zu heiligem Tun,
beuge dein Haupt,
Der hier unten in Frieden ruht,
hat an Heimkehr geglaubt.

In schmerzlicher Erinnerung

Deine Frida.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Rudolf Skibbe

Neukölln, Innstr. 28

am 16. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

112/11 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Nachruf.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder

Hermann Asmann

Bezirk 9,

am 31. Dezember 1915 in Ostpreußen tödlich abgestürzt,

und

August Wesenberg

Bezirk 15,

am 16. Februar 1916 verstorben und gestern beerdigt worden ist.

Ehre ihrem Andenken!

254/2 Der Vorstand.

Für die Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes

Ernst Tischmann

sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichen Dank. 131R

Witwe Marie Tischmann.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Bezirk Schöneberg.

Am 19. Februar starb unser Mitglied, der Maurer

Karl Meier.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des zweiten städtischen Friedhofes, Blanke Hölle, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

140/17 Die örtliche Verwaltung.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb am 5. 2. 16 im Lazarett unser lieber Schwager, Bruder und Onkel, der Gürtler

Fritz Dumke

im Alter von 39 Jahren.

Dieses zeigen an 122R

Otto Tunzel nebst Frau
Gertrud geb. Dumke,
Arnold und Hans
als Neffen.

Berlin, Falckensteinstr. 26.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Herrn Chef und den Arbeitern der Firma „Gasiaternen-Fernzündung", den Sängern und dem Genossen Waldeck Manasse für seine tiefempfundene Rede unseren herzlichsten Dank. 294b

Familie Meißner

Katzbachstr. 13.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters August Noatnick sage ich allen Teilnehmern, Freunden und Kollegen meinen innigsten Dank. 291b

Witwe Noatnick nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Martha Petrich

sage ich allen Teilnehmern, Freunden und Kollegen meinen innigsten Dank.

Adlershof, den 19. Februar 1916.

823] O. Petrich nebst Kindern.

Asthma mit Hustenanfällen u. starker Verschleimung findet sofortige Hilfe durch Reichels Echte Asthmatropfen, berühmt durch ihre Wirkung. Zahlreiche Erfolgsberichte. Fl. 2.50 M. Otto Reichel, Berlin 49, Eisenbahnstraße 4.

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.